

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsheftige Kolonelle
Seite oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gesellschaftliche Berichte
und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 8. Februar 1900.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Das Meerpferd.

Die reitenden Helden vom festen Land
haben jetzt gar viel zu bedeuten;
Doch stünd' es ganz in meiner Hand,
Ein Meerpferd möcht' ich reiten.

Die Goetheschen Scherzverse stellt Adolf v. Wendt, der be-
kannte Zuchtstallbesitzer, an die Spitze einer wissigen, poetisch-berieselten
Marinebrotschüre, in der er zeigt, daß die erbärmliche Flotte, wie sie
in dem neuen Marineplan erscheint, noch bei weitem nicht ausreicht.

Am Donnerstag nun wird das Meerpferd sich im
deutschen Reichstag produzieren. An diesem Tage beginnt die erste
Beratung der Flottenvorlage, jener geistig-berieselten Monstrosität, die
das konstitutionelle Budgetrecht befeuert, das deutsche Volk mit sechs
Milliarden belastet und nebelhafte Ziele mit funtlosen Beweisgründen
andeutet.

Von den gesamten Argumenten, die für die geforderte Flotten-
vermehrung geltend gemacht werden können, ist nur eines stichhaltig
und gerade dies eine schiebt man schamhaft ins Dunkel und spricht
nicht davon. Es ist wahr: Ein Aufruf in der Höhe von sechs
Milliarden, zu denen noch die durch das Wahnsinnsgesetz des Wett-
rüstens bedingten Aufträge anderer Staaten kommen, ist für
die reichsdeutsche Industrie ein profitables Geschäft, bei dem
sich die Ausnutzung etlicher Spesen für die Entfaltung
nationaler Euphorie wohl rentiert. Es ist ein glänzendes
Zeichen für die politische Reife des allein an dem Meer-
pferdflottentum beteiligten Proletariats, daß es über die Gantler
lacht, die, auf die kurzfristige Selbstsucht spekulierend, der Arbeiter-
schaft vorrechnen, wie dieser Milliardensegen gerade ihr dauernde
und lohnende Arbeit verschaffe. Erstens wissen die Arbeiter sehr
gut, daß sie selbst ja aus ihrer Tasche die Milliarden bezahlen
müssen. Und dann wird das aufgeschälte Proletariat niemals
für die kulturwidrigen Zwecke und unproduktiven Aufgaben
zu haben sein, in denen sich die Entartung der herr-
schenden Klasse und die Höhe der Klassenherrschaft kennzeichnen.

Wenn es nur darauf ankäme, Arbeitsgelegenheit um jeden
Preis zu schaffen, gleichgültig, was das für eine Arbeit
sei, so könnte man schließlich auch Milliarden für die
Aufgabe bereit stellen, Linsen in Käse zu schütten
um sie dann wieder auszuliefern; das gäbe auch Arbeits-
gelegenheit. Aber überdies ist gar kein Mangel an wichtigsten
Aufgaben, die reichlichste Arbeitsgelegenheit gewähren würden.

Das Geschäftsinteresse einiger Firmen der Großindustrie an der
Flottenvorlage geben wir also rückhaltlos zu. Alle übrigen Beweis-
gründe aber sind Lug und Land. Ueber die berühmte Wehrhaftig-
keit des Vaterlands können wir kurz hinweggehen. Wenn man uns
erzählt, wie wir vollständig verloren wären, wenn wir nicht schleunigst
die Vorlage bewilligen, so hat dieser Appell an die kindische Zartheit
allmählich seine Kraft verloren. Unter der Wirkung des
Wettrüstens sind wir vor jeder Militär- und Marinevorlage
mindestens genau so stark wie nachher. Es ist ein leichtes,
aber auch höchst albernes Exempel, darzulegen, wie un-
möglich wir sein würden, wenn diese und jene Eventualitäten ein-
treten würden. Gegen alle Möglichkeiten gerüstet zu sein, ist eine
Utopie. Wenn ein Weltbrand eintritt, vermag auch die stärkste Feuer-
wehr nichts auszurichten. Es zeigt lediglich die Kultur-
widrigkeit und innere Ohnmacht des kapitalistischen Zeitalters, daß
die Völker aneinanderbegeh, um sie auszubeuten, daß solche We-
rungen überhaupt unternommen werden. Wozu bezahlen wir
überdies eine teure Diplomatie, wenn es nur auf die Zahl der
Schiffe und die Kraft der gepanzerten Faust ankommt!

Vielleicht beantragt das Centrum einen Vermittlungs-
vorschlag, die Kosten für die neuen Schiffe aus den
Gehältern der überflüssigen Diplomatie zu bestreiten. Im vor-
liegenden Falle aber scheidet die Frage der Wehrhaftigkeit schon aus
dem Grunde aus, weil und ja vor zwei Jahren der noch im Amt
befindliche Marineminister die beruhigende Versicherung mit aller
Bestimmtheit in feierlichster Form gegeben hat, daß die durch das
Gesetz von 1898 geschaffene Flotte allen Ansprüchen hinsichtlich des
Schutzes des Vaterlandes genüge.

Daß unsere teuren Kolonien Milliarden zu ihrem Schutz be-
dürfen, würde selbst Schweineburg nicht behaupten. Wir könnten
von Glück sagen, wenn wir sie bei guter Gelegenheit loswerden
würden. Freilich ruhmort der Gedanke einer fabelhaften Weltpolitik.
Schade nur, daß niemand die Frage beantwortet, wo wir das
„größere“ Deutschland hinbauen sollen. Der einsichtige Beobachter
der Entwicklungstendenzen erkennt vielmehr, daß wir uns mitten
in der Liquidation der Kolonialpolitik befinden. Italien und
Spanien haben bereits ihren Kolonialbesitz aufgegeben. Die englische
Weltmacht zittert vor ein paar Doerenbüchsen. Kolonien, die keinen
Vorteil mehr von ihrem Zusammenhang mit dem Mutterlande
haben, werden sich mehr und mehr loslösen und selbständige Ver-
bände bilden. Uebrig bleiben nur die wertlosen Länder, die
Schwarzsee-Kolonien.

Endlich ein Wort über das letzte und wichtigste Argument der
Flottenagitation. Wir brauchen, so hören wir, eine starke Flotte,
damit wir unsern großartig aufblühenden Handel schützen können. Vor
ein paar Jahren veränderten national-socialistische Wurzeln das Gesetz
von dem Kampf um die Futterplätze. Wenn die Sieghaftigkeit auf
dem Weltmarkt, so schrieb einer von ihnen, nicht anders besteuert
werden kann, als durch die Sieghaftigkeit auf dem Schlachtfelde,
dann bleibt auch der Arbeiterklasse in ihrem eigenen, wohl ver-
standenen Interesse gar nichts anderes übrig, als die Soldaten und
die Schiffe zu bewilligen, die im entscheidenden, unabweisbaren
Moment einzig und allein den Sieg verbürgen. Damals höhnte
R. E. Ray, der Jubaber des großen Hamburger Welthauses Alexander
Jahn u. Co. über den tollen Eifer, Kanonen als Industrieprodukt
verwenden zu wollen, anstatt mit technischer Vervollkommenung, Ver-
edelung des Arbeitermaterials, günstiger Handelspolitik die wirt-
schaftliche Ueberlegenheit zu erringen. Nichts sei thörichter als mit
Gewalt die konkurrierenden Staaten niedertzujagen, denn diese
Konkurrenten seien ja zugleich unsere besten Kunden. In demselben Ver-
hältnis, in dem Deutschland den Export anderer Länder schwäche,
verringere es seinen eigenen Absatz. Ein Bild in die Handels-
statistik beweist die Nichtigkeit dieser Darlegungen. Unser Haupt-
export geht nach England und seinen Kolonien — wenn wir gegen
England Panzerschiffe schicken, so könnten wir ebenso zweckmäßig
die Kanonen gleich gegen uns selbst richten.

Heute, unter dem Baum des Meerpferds, gilt der irre Satz von
der Handelsbeförderung durch Kanonen als höchste Weisheit. Es
liegt ein geistiger Niedergang in dieser stumpfsinnigen Andacht
vor der brutalen Gewalt, der bei denkenden Menschen Ekel hervor-
rufen muß. In der ganzen bürgerlichen Welt aber findet man
kein entschiedenes Wort des Protestes mehr. Die Bourgeoisie ist
dem Militarismus zu Laube und zu Wasser rettungslos verfallen.
Freisinnige Mitglieder des Friedensvereins befehlen sich zu dem
Glauben an den Segen der Kriegsrüstung, und fanatische Freihändler
bewilligen Milliarden, deren Voranschlag die Schutzgölle sind.

Inzwischen schreitet das Proletariat auf dem Wege seiner
Weltpolitik voran, die die Völker einigt und die Erde zu
einem fruchtbaren Arbeitsfelde freier Kulturgenossenschaft gestaltet.
Den Aberglauben an die Allmacht des Meerpferds überläßt es den
Beträgern und Betrogenen der kapitalistischen Vorwelt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Februar.

Der Reichstag

hat am Mittwoch die zweite Lesung der lex Heinze vollendet
— nur frage man nicht wie. Die Jugendheuchelei der Mehr-
heit hielt zwar bis zum Schluß aus, allein da die Zeit und
die Flottenvorlage drängten, mußten die letzten Paragraphen
des Gesetzentwurfs im Ratsch angenommen werden, unter
Hinweis auf die dritte Lesung, wo die zurückgezogenen Anträge
und die ungehaltenen Reden sich als verspäteter Platzregen
über das Haus ergießen sollten. Debattiert wurde nur über
zwei Paragraphen: den § 184a, der die Verbreitung und
Ausstellung von „das Schamgefühl verletzenden Schriften,
Abbildungen oder Darstellungen“ bei Strafe bis zu 1/2 Jahr
Gefängnis verbietet, — und über den § 184b, den
sogenannten Theaterparagrafen, der die Bühne
verpflichtlichen soll, und die Kunst unter Polizei-Aufsicht stellt.
Wieder ertönten die Klagen von dem Niedergang der
Sittlichkeit — ein Thema, das schon im Mittelalter von
allen Beschwörern männlichen und weiblichen Geschlechts
abgeleiert, und von den gesunden Dichtern: den Fischer,
Hans Sachs usw. gebührend verspottet wird.

In den § 184a ist auch die weibliche Schutzaltersgrenze
von 18 Jahren eingeschmuggelt. Als unser Fraktionsredner
sprach Heine, der die Lächerlichkeit der vorgeschlagenen Be-
stimmungen an zahlreichen Beispielen nachwies. Bei nament-
licher Abstimmung ging dieser Paragraph mit 159 gegen
100 Stimmen durch. Das Centrum mit den Konservativen
stimmt geschlossen für ihn.

Fast noch schlimmer ist § 184b, der von der Bühne
alles verbannen will — Worte, Töne, Gebärden — was
das Scham- und Sittlichkeitsgefühl verletzt! Wer soll da
entscheiden?

Ein Bild und ein Ton läßt sich nicht auf die Anklage-
bank setzen, und auch keine Gebärde. Blicke und Töne
können gewiß zur „Unzucht“ anregen; das kommt sogar sehr
häufig vor. Aber wer will den Blick und den Ton feststellen?
Mit einem Moment-Photographie-Apparat liehe der Blick, mit
einem Phonograph der Ton sich wohl auffangen, — aber wer
soll dann bestimmen, daß dieser Blick, dieser Ton gerade ein
„das Scham- und Sittlichkeitsgefühl verletzender“ war? Ist
das Scham- und Sittlichkeitsgefühl etwa gleich bei allen
Menschen? Ist was dem einen „anstößig“ ist, es auch dem
andern? Wer soll da Richter sein? Und was von den
Blicke und Töne gilt, gilt auch von den Gebärden, gilt
auch von Worten. Kein Zweifel, es giebt Schweinereien,
die jeder gebildete und anständige Mensch verabscheut. Aber
gegen solche Schweinereien reichen die bestehenden Ge-
setze und Einrichtungen vollständig aus. Es
wird sogar nach Ansicht dieser, sehr liberaler Leute, gegen
notorische Schweinereien lange nicht mit dem Nachdruck ein-
geschritten, den die bestehenden Gesetze ermöglichen.

Ja, auf Hofbällen z. B. wird den Frauen und
Mädchen positiv zugemutet, ja vorgeschrieben,
sich in einer Weise zu entblößen, die „das Scham-
und Sittlichkeitsgefühl“ gebildeter und urteilsfähiger,
durchaus nicht prüder Leute „verletzt“. Das neue Gesetz
ist also ganz überflüssig, wenn sein Zweck der ist, welcher
öffentlich angegeben wird. Allein ist dieser Zweck der wirk-
liche? Sollen bloß Schweinereien „gefaßt“ werden?
Dann hätten die Jugendheuchler und sonstigen Reaktionsäre
sich nicht so eifrig für diesen Theaterparagrafen ins Zeug
gelegt. Er läßt die ausgedehnteste Deutung und Auslegung
zu — und darum ist er einfach nicht bloß überflüssig, sondern
höchst gefährlich, von unberechenbarer Tragweite. Er
rechnet mit lauter undefinierbaren Begriffen und
öffnet dadurch der Willkür Thür und Thor. So wenig ein
Bild, ein Ton, eine Gebärde definiert werden kann, ebenso
wenig lassen die Begriffe „Sittlichkeitsgefühl“ und „Scham-
gefühl“ sich definieren. Wenn es von sprachwörtlicher
Abgeschlossenheit ist, Blicke, Töne, Gebärden auf die
Anklagebank zu setzen, so ist es womöglich noch un-
sinniger, Gefühle auf die Richterbank zu setzen.
Die fortschrittlichen Abgeordneten Müller (Reinigen) und
Träger zeigten an einer großen Zahl von Beispielen, zu
welchen „läppischen“ Praktiken und Chikanen die Theater-
Censur schon jetzt führt. Es war alles vergebens. Die Jugend-
heuchelei siegte — die konservativ-kerikale Majorität stimmte
geschlossen auch für diesen Paragrafen.

Im Laufe der Sitzung verbreitete sich die Nachricht, daß
Lieber, dessen Krankheit von manchen für einen diplo-
matischen Flottenlath gehalten wurde, an Lebervereiterung
hoffnungslos darniederliegt und nach dem Urteil der Ärzte
schwerlich den Tag überleben wird. Zur Flottenvorlage,
deren zweite Lesung Donnerstag beginnt, soll statt seiner für
das Centrum zunächst der Abgeordnete Schädel sprechen;
andere nennen Frigen als Redner. —

Das preussische Abgeordnetenhause

hat Mittwoch die zweite Lesung des Etats der Handels- und Ge-
werbeverwaltung fortgesetzt. Die Debatte setzte ein mit einer Aus-
einanderlegung zwischen den Freisinnigen und den Agrariern über
das Verbot der Spiritusbörse und die Errichtung einer Handels-
kammer für Berlin. Es waren im wesentlichen die alten bekannten
Neden, wie wir sie bei allen von den Herren Barth (sf. Bg.) auf
der einen, den Herren Gamp (sf.) und Freiherrn v. Jedlick (sf.)
auf der anderen Seite geführten Vorkonferenzen zu hören gewohnt sind.
Von hohem Interesse war der Standpunkt, den der Minister in der Frage
der Spiritusbörse einnimmt: Herr Bresfeld erklärte nämlich, er habe den
Handel in Spiritus und Rübsöl an der Berliner Börse drei Jahre
lang gebildet, obwohl er wußte, daß derselbe ungesetzlich war,
da kein Vorstand einer Produktionsbörse vorhanden gewesen sei,
dem die Preisnotierung obzulegen hätte. Welchen Grund mag
Herr Bresfeld wohl gehabt haben, das gesetzwidrige Treiben zu
dulden, oder warum tritt er für den Erlaß von Gesetzen ein, die
hinterher nicht durchgeführt werden sollen?

Bemerkenswert war ferner die Mitteilung des Ministers, daß
der Gesetzentwurf über die Besteuerung der Warenhäuser im
Handelsministerium ausgearbeitet sei und der weiteren Begutachtung
im Staatsministerium harre. Wann der Entwurf dem Hause zugehen
werde, könne er nicht sagen.

Die für die Allgemeinheit wichtigste Position des Etats, die
Forderung für die Umgestaltung der Gewerbe-Inspektion, rief
nur eine kurze Erörterung hervor. Handelt es sich doch hier nur um
eine Arbeiterfrage! Um solche Kleinigkeiten zerbrechen sich die edlen und er-
lauchten Herren des Landtages nicht ihre Köpfe. Nur die beiden freisinnigen
Abgeordneten Goldschmidt und Dr. Hirsch sagten einige
Worte hierzu, die im wesentlichen eine Verdingung vor der Re-
gierung waren. Wenn die Regierung nur einen Teil ihrer alten
Sünden an der Kultur gut machen will, so erbliden die Freisinnigen
hierin bereits einen Anlaß, sie zu loben, anstatt die Gelegenheit zu
benutzen, um der Regierung die von ihr befolgte Vernachlässigung
der wichtigsten Kulturaufgaben vor Augen zu führen und energisch
für die Rechte der Arbeiter einzutreten.

Morgen: Fortsetzung der Etatsberatung. —

Aus der Beilage zum „Mf.“

Im „Berliner Tageblatt“, in dem — wie man in Journalisten-
kreisen gern erzählt — gelegentlich ein jüdischer Arzt die Leitartikel
eines evangelischen Geistlichen schreibt, verfaßt neuerdings ein im
seiner Industrie-Aktien besorgter Vorkämpfer, nachdem er sich dem
Flottenarznei zu Ehren einen scharlachroten Domino mit die ab-
schüssigen Schultern geschlungen, als „Socialist“ wunderwürdige Aus-
sichtungsartikel über Socialdemokratie und Marine-Entwicklung. Er

freit frei nach Holz als Kullager auf und nennt sich einen vom socialdemokratischen Saulus wieder zum alttestamentarischen Saulus gewordenen Juristbekehrten.

Dah der Mann so schnell wieder den Weg zur Krippe gefunden hat, freut uns nur unmerklich; es ist ein unbegreifliches Gefühl, wenn auch nur vorübergehend jemanden als Genossen gezählt zu haben, der unbefreitbar zu den ausgebildeten Waffentypen gehört. Wenn er demnach, daß wir wegen seines Prologs zu den Versauer socialdemokratischen Flottenversammlungen das Scheitern in die Volksschlacht werfen werden, so zeigt allerdings schon diese eine Vermutung, daß er niemals auch nur einen Tag in unserm Parteiloben gewirkt hat; dieser stümperhafte Schauspielverleiher schon beim ersten Auftreten die Perrücke und die falsche Nase, O Rudolf Wölfe, zu dem die Socialdemokraten flüchten, wenn sie an Marx und Bebel irre geworden sind, stelle dir geschicktere Schauspieler an, sei nicht so Inanrig. Du hoff's ja dazu. Aber, um Herrn Saulus zu beruhigen, er ist ganz und gar kein Scheusal, und wenn wir agrarisch begütert wären, würden wir ihm höchstens einen Schaffal zur Verfügung stellen, aufstätt und in die dekorativen Unkosten einer Wollschlacht zu stürzen.

Seine Saufstigkeit, der „Socialist“, geruht also, die socialdemokratischen Führer und die socialdemokratische Presse darüber zu belehren, daß sie vom Volksempfinden keine Ahnung haben:

Wir Socialisten werden in der Flottenfrage die blamierten Europäer sein — wenn wir nicht, was wenig wahrscheinlich ist, noch jetzt denken, die thatsächlich in allen Schichten des arbeitenden Volkes vorhandene marinereundliche Strömung zu berücksichtigen. Ich weiß, daß unsere Partei-Orthodoxen diese Strömung einfach leugnet, auch in gutem Glauben sie als nicht vorhandene wirklich betrachtet. Das kommt daher, daß unsere Parteihäupter den Sonnen mit dem Volkswillen, dem Volksinstinkt, vor allem mit dem Volksempfinden in vielen, vielen Stücken ganz verloren haben. Oder wollt Ihr etwa dekretieren, daß wir nicht empfinden sollen?

Hui! Dieser Appell ans „Volksempfinden“ klingt ganz verächtlich nach der Redeweise unserer Alldenkenden, Antimilitaristen und Urrentonen. Sollte etwa Rudolf auf seine alten Tage — ach, nein, der Verdacht wäre zu nutzlos. Der Schauspieler hat es wahrscheinlich ganz besonders nötig, sich ein bißchen Deutschstimmeln auszusuchen. Wir unsterksten gestehen, daß wir mehr auf die klare Vernunft als auf das romantische Empfinden rechnen, und ein denkender Volksverstand lohnt sich mehr zu kultivieren, als die mythische Volksseele. Aber weiter! Besagtes Volksempfinden soll nun erklären: „Der omnisciente Bevormundung sind wir müde“ — wir, d. h. die deutsche Arbeiterkraft in Stadt und Land“. Freilich mag diese deutsche Arbeiterkraft von Moses Gnaden ihre Gefühle nicht reden anzusprechen. Sie ist nämlich — wie unser Saulus in prächtiger Dichtersprache sagt — „eingeschüchtert und verflochten“, infolge „der politisch-theologischen Behandlung von seiten der herrschenden und regierenden Kreise, vor allem durch die harten, abförenden Scheltreden von ganz oben“. Außerdem sind die Ärmsten eingeschüchtert durch die kirchlichen Parteiväter. Dann erfahren wir, daß die Arbeiter mit den Boeren sympathisieren, was übrigens die Parteihäupter auch thun, allerdings nicht, wie es die Arbeiter der Illbeilage thun, aus „volksweisem Empfinden“. Dieser nationale Tonfall wird auch im weiteren Verlauf des Artikels streng beibehalten versucht, wenn auch nicht immer mit dem gewünschten Erfolg. So schwärmt Saulus:

Es ist ein bloßer Zufall, daß in germanischen Völkern die Bestimmung liegt, in die Weichen des Weltbaus einzugreifen, und gleichzeitig in ihm die kraftvollsten Momente zur Ausbreitung des socialen Gedankens und der ökonomischen Umwälzung sich vorfinden?

Diese ein wenig an Herrn v. Bülow gekulte Verehrtheit erreicht besonders darin das erhabene Vorbild, daß er mit einer edlen Selbstüberwindung es verschmäht, irgend ein Argument für die Flottenvorlage beizubringen; das hieße Enkel nach Athen togen, meint Saulus. Aber eine Gule trägt er doch nach Athen, und was für eine:

„Andererseits ist zu beachten, daß es etwas Naturwidrigeres gar nicht geben kann als das Vorseitstehen der Arbeiterschaft, wo es gilt, nicht nur die in geometrischer Progression sich vollziehende Entwicklung des Faktors Arbeit zu sichern, sondern auch die nachsten Existenzbedingungen der Bevölkerung des Deutschen Reichs unbedingt zu schützen. Oder soll erst nach kriegerischen Verwundungen ad oculos demonstriert werden, wo er zu hungern hat, wo er verhungern muß, wenn der Austausch der industriellen Erzeugnisse gegen Nahrungsmittel mit einem Schläge unmöglich gemacht wird?“

Wie aus dem Septennats-Bilderbogen geschnitten! Wenn Dirpy nicht liegt, müssen wir verkumpfen. Ebenfalls unangenehm.

Mit dieser einen Gule begnügt sich Saulus, um sich dann wieder der Erleuchtung der Partei zuzuwenden, die vollständig unsahig geleitet wird:

„Oder heißt es etwa die Interessen des arbeitenden Volks vertreten, indem man à tout prix sich demokratisch-republikanisch gebildet? Indem man beliebige nicht von der jugendlichen Rücksicht von vor dreißig oder vierzig Jahren um Haarsbreite abweicht?“

Dieser Satz unseres Saulus zeigt verräterisch die Jüge der freisinnig vereinigten National-Socialen. Wenn wir gute Kinder sind, kriegen wir schönes Spielzeug — Ministerportefeuilles und Kabinetts. Ganz die Weltanschauung der Raumann, Rickert und Barth, die davon träumen, daß ihr Wasserfontänen mit der Regierungsfähigkeit belohnt werden würde.

Aber hören wir noch den Schlüsselsatz, den Saulus anrichtet:

„Ich erhebe die Anklage, daß diese Partei-Orthodoxie in frevelhafter Verblendung die in der Millionenpartei ansammelnde riesenhafte Kraftmenge verkommen und sich zerlegen läßt und so die deutsche Arbeiterschaft nicht vorwärts bringt, sondern rückwärts schiebt.“

„Ich erhebe die Anklage, daß die orthodoxen Parteihäupter der Entwicklung der Partei sich in den Weg stellen, im Wege stehen und die deutschen Arbeiter um den Fortschritt in der Verbesserung ihrer Lebenslage bringen.“

„Ich erhebe die Anklage, daß die orthodoxen Parteihäupter mit der Ablehnung jeglichen Eingehens auf die Frage der Marine-Entwicklung — die mit der gleichen Haltung in den Militärfragen niemals verglichen oder gleichgestellt werden kann — die socialdemokratische Partei innerlich schädigen, indem sie sich des Rechtes begeben, die Marine-Entwicklung in den erforderlichen Schranken zu halten und die Art der Anbringung der Kosten von vornherein in ihrem Sinne legislativ zu fordern und zu regeln.“

„Und doch sind noch nicht alle Hoffnungen dahin. Ehe es geschieht, daß die gigantische Kraft des socialdemokratischen Kolosses sich nach innen verzehrt, werden die Sicherheitsventile — die mit dem Marzischen Lot verdoteten — in die Luft fliegen, die orthodoxen Pfropfen mit fürchterlicher Wucht hinaus geschleudert werden.“

Schon in Hannover wurde die Verblödung unsicher, schon in Hannover ward der Keil sichtbar.

„Und nun zur Flottenfrage zurück! Es ist kein Zweifel, daß über die Notwendigkeit der Marine-Entwicklung im Reichstage auf den von uns, der deutschen Arbeiterpartei, vergebenen Sesseln gar viele zu denken. Die Frage ist nur: Wollen sie auch so sprechen? Werden sie den Mut dazu finden?“

Auf der Marine-Ausstellung in Darmstadt sollte dieses Flottenbekenntnis eines „Socialisten“ und sein Urheber schlemmig zur Schau gelangen.

Der große Schlag.

Wie uns berichtet wird, bereitet der Flottenverein für den 15. Februar eine großartige Verteilung von Broschüren und Flugblätter vor. Millionen von Exemplaren sollen an diesem Tage verteilt werden. Alle Arbeitszweige sollen übershmet, die Reisenden

erbaumungslos in Papier verpackt werden. Die Arbeiter und Beamte der Eisenbahn, Post usw., die Landräte, die Herren vom Gericht, kurz alle und alles sollen in den Dienst des Flottenvereins gestellt werden.

Es wird also am 15. Februar eine schöne Gelegenheit geben, auf billige Weise Einwidelpapier zu erlangen. Und aus den Händen der Flottenbegeisterten Kinder wird wenigstens eine gewaltige Flotte von papierernen Mähnen als Frucht der Agitation hervorgehen.

Daß man abhängige Leute zwingt, als Flottenwerber aufzutreten, gehört auch zu den Kennzeichen dieser Agitation, in der Schweiburgs Geist nimmer erlöschen wird.

Deutsches Reich.

Centrumshäuten.

Die „Korrespondenz für Centrumshäuten“ erklärt, wie das Centrum in der Flottenfrage stimmen werde, das könnte in diesem Augenblick überhaupt noch niemand sagen; vor der ersten Lesung werde die Fraktion noch nicht zu einer endgültigen Stellungnahme kommen.

Etwas deutlicher spricht sich schon die „Germania“ aus. Sie sagt:

„Daß die Novelle zum Flottengesetz in der vorliegenden Form und Fassung bei einer Mehrheit des Reichstags Annahme finden werde, darf aber schon jetzt als vollständig ausgeschlossen gelten.“

Wer die Centrumsprache ein wenig kennt, weiß, daß diese Ablehnung eher eine Zustimmung bedeutet. Man ändere „Form und Fassung“ der Gesetzesvorlage ein wenig und die schwarze Partei tritt für sie ein; im Weizen kann dabei das Geizy genau so bleiben, wie es jetzt ist.

Diese Anklündigung ihrer Flottenbereitschaft hält die „Germania“, ebenfalls nach alter Gewohnheit, in allerlei polemische Bemerkungen gegen andre Parteien und deren widerlegte Flottenbegeisterung ein. So verlegt sie dem Flottenverein einen kleinen Hieb:

„Der Reichstag ist nun freilich keine Filiale des Flottenvereins, und Beschlüsse des Reichstags erfordern eine ernstere und eingehendere Prüfung, als Begeisterungsrevolutionen des Flottenvereins. Es kommt in weitesten Kreisen, auch in solchen, die an und für sich einer Verdoppelung unserer Schiffsflotte nicht ablehnend, sondern zustimmend gegenübersehen, die unsere Trachten durchaus richtige Empfindung immer mehr zur Geltung, daß die Art und Weise der Agitation des Flottenvereins der Flottenvermehrung mehr schadet als nützt.“

Ferner erzählt die „Germania“ ein recht nettes Geschichtchen konservativer Samernpolitik:

Inzwischen aber bekunden die Herren konservativen Reichstags-Abgeordneten, welche der „Deutschen Tageszeitung“ mehr oder weniger nahe stehen, selbst eine eigenartige „staatsmännische“ oder vielmehr zweideutige Haltung zur Flottennovelle. Es sind nämlich Mitglieder der konservativen Partei, insbesondere solche, welche im Bund der Landwirte eine große Rolle spielen in den letzten Tagen an Mitglieder des Centrum herangetreten mit der Empfehlung, gegenüber der Flottenvorlage fest zu bleiben und das Gesetz unter allen Umständen abzulehnen. Das Zustandekommen des Gesetzes soll, nach Ansicht dieser Herren, eine schwere Schädigung der Landwirtschaft, eine Förderung des Industrienotstands, Vernechtung des Arbeitermangels bedeuten, und schließlich werde die Landwirtschaft auch noch die Kosten tragen müssen. Das Centrum soll den Herren die Kaktanen aus dem Feuer holen, damit sie nachher bei den eventuellen Notwahlen zum Reichstag mit der Unterstützung des ganzen Regierungsdapparates als Flottenfreunde gute Geschäfte machen können.

Das sind ganz liebliche Couillien-Ausplauderungen. Aber die Flottenneigungen des führenden Centrumshäuten werden dadurch doch nur sehr dürftig verdeckt.

Die Behauptungen des Blattes über das Doppelspiel der konservativen werden von der „Kreuzzeitung“ und der „Konservativen Korrespondenz“ mit keinem Worte erwähnt. „Post“ und „Deutsche Tageszeitung“ schüchtern sich zu der beliebten Entrüstungsaufforderung, Namen zu nennen.

Der Stimmung der Agrarier entsprechen ja vollständig die Angaben des Centrumshäuten. Nur würde eine derartige offene Agitation eine allzu große Vertrauenslosigkeit verraten.

Wem wird nun das Centrum folgen? Der Nahrung des freisinnigen offiziellen Flottengegners Schmidt, für den Plan einzutreten, oder den Anregungen der konservativen offiziellen Flottenfreunde, den Entwurf abzulehnen?

Kein Geld für Kulturzwecke! In welcher Weise die Kulturaufgaben unter dem Uebergewicht der Rüstungskosten leiden, das hat sich, so schreibt die katholische „Märkische Volkszeitung“, in der Montagsnummer der Kommission gezeigt, welcher die Novellen zum Unfallversicherungsgesetz zur Vorberatung überwiesen sind. Bei dem Paragraphen, welcher von der Berechnung der Unfallrente handelt, waren Erhöhungen beantragt. Der Staatssekretär Graf von Posadowski erklärte sich gegen die Anträge wegen der zu großen Belastung. Und einem solchen Einwand erhebt die Regierung in dem Augenblick, in dem sie Tausende von Millionen für neue Kriegsschiffe fordert, von deren Notwendigkeit allenfalls die Flottenführer überzeugt sind. Werden einige Millionen Mark mehr zur Unterstützung in ihrem Verufe verunglückter und erwerbsunfähig gewordener Arbeiter gefordert, so kann das nicht geschehen, weil wir kein Geld dafür haben; für militärische Zwecke und Liebhabereien zu Wasser wie zu Lande aber versucht es sich von selbst, daß immer Geld in Hüße und Fülle da ist. Und ist es nicht da, dann muß es gepumpt werden! Gleich es einen andern europäischen Großstaat, in dem eine Volksvertretung sich etwas Derartiges bieten ließe!

Der Jörn des Centrumshäuten ist sehr berechtigt. Aber wer trägt Schuld an diesem Umwege — niemand anders als das Centrum, das es 1898 in seiner Hand hatte, dem Rüstungswahnsinn eine Zwangsjacke anzulegen, und bei dem jetzt auch der Anschlag steht.

Kaisertelegramm und Flottenbegeisterung. Aus Straßburg i. E. wird uns geschrieben: Die Wendungen, in welchen der Statthalter in Elßah-Lothringen, Fürst Hohenlohe-Langenburg, dem Kaiser Mitteilung von der Gründung eines Flottenvereins in der Hauptstadt des Reichslandes machte, waren geeignet, beim Reichsoberhaupt eine durchaus falsche Vorstellung von den Gefühlen hervorzurufen, mit denen die Bevölkerung Elßah-Lothringens die neue Flottenvorlage und ihre Milliardenforderungen aufgenommen hat. Dies kommt im Antworttelegramm des Kaisers deutlich zum Ausdruck. Es wird darin der Freude darüber Ausdruck verliehen, daß „im Reichsland Deutschlands Interessen an seiner Seegeltung immer mehr zur Erkenntnis gelangen“, und ferner darauf hingewiesen, wie sehr eine „wahrhaft starke Flotte“ unserer gesamten Volkswirtschaft, nicht bloß den Unternehmungen einzelner Handelsplätze zum Vorteil gereichen müsse, wenn selbst ein Binnenland eine derartig „verständnisvolle Haltung“ einnehme. Diese Voraussetzungen des Kaisers sind durchaus richtige. Es wäre eine grobe Selbsttäuschung der maßgebenden Stellen unserer Regierung, wenn sie annehmen wollten, als ob die Bevölkerung des Reichslandes, abgesehen von ein paar Störern aus Offizieren- und Beamtentreiben, irgend welche Sympathien für die uralten Marinepläne der Reichsregierung empfinde. Wenn irgend einmal eine nationale Angelegenheit das Gros unsres Volks, gleichgültig ob eingeboren

oder eingewandert, kühl bis ans Herz hinan gelassen hat, so ist es der mit so viel Plomb in Scene gezogene Flottenrummel gewesen. Ueber diese Thatsache helfen weder ein Raas mit Rah und Strach zusammengebrachte Flottenvereine hinweg, noch das Telegramm des reichsständischen Protectors der Marine-Agitatoren an den Kaiser. Ein deutlicher liegt sich die ablehnende Haltung des Volks in der unabhängigen Presse wieder, welche die Militärbesorgnisse einmündig und aufs entschiedenste verurteilt. Auch die große Mehrheit der Vertreter unsres Volks im Reichstag steht auf diesem ablehnenden Standpunkt und hat seiner Auffassung in der Debatte zum Teil einen so deutlichen Ausdruck verliehen, daß governementale Drehorgane vom Schläge der „Straßburger Post“ vom nationalen Standpunkt aus Anlaß daran nehmen zu mühen glaubten. Aus der Rede, welche der Staatssekretär v. Büttner-Kramer kürzlich anlässlich der Etatsdebatte im Landesausschuß hielt, geht deutlich hervor, daß man sich an maßgebender Stelle über die Stellung der reichsständischen Abgeordneten zur Flottenvorlage keiner Täuschung hingibt. Wenn Herr v. Büttner-Kramer deshalb die Aufrechterhaltung des Diktaturparagraphen damit zu motivieren zu mühen glaubte, daß die Haltung aller Vertreter Elßah-Lothringens im Reichstage so ist, daß die Festigkeit ihrer deutschpolitischen Gesinnung außer Zweifel sei, so geht man wohl wohl sehr mit der Annahme, dieser Wink mit dem Jambhahl sei als eine Mahnung an unsere Vorgesetzten gemeint, bei der Entscheidung über das Schicksal der Flottenvorlage das brave Kind zu spielen, dem dann in Zukunft auch weitere Zusätzungen mit der Hilfe des Diktaturparagraphen erspart bleiben würden. Ob der gewünschte Erfolg dieser politisch-padaagogischen Maßregel eintreten wird, das erscheint uns allerdings sehr zweifelhaft.

Was die Bäckerei einbringt. Einige Blätter machen sich das Vergnügen, aus der in unserm Inseratenteil veröffentlichten Bilanz der „Berliner Genossenschafts-Bäckerei“ auszurechnen, daß die Mitglieder der Genossenschaft, 10 an der Zahl, zehntausend Prozent Unternehmergewinn verdient haben. Die Berechnung stimmt nicht ganz, denn sie hält sich nur an die Thatsache, daß den Genossenschaftlern auf ihren 95 (hundertneunzig) Mark betragenden Geschäftsanteil 9500 Mark Dividende gutgeschrieben worden sind. In Wirklichkeit ist der in diesem Betriebe erzielte Unternehmergewinn noch viel höher, weil die Braven, im Punkte Geldbedürfnis doch so erfahrenen Schatzmacherorgane die reichlichen Abschreibungen auf versch. ne Referenzen nicht mit berechnen haben.

Somit ist es also richtig, daß dieses von 10 Unternehmern betriebene kapitalistische Großunternehmen (30.000 M. Rassenmahl) einen riesigen Profit abwirft und die Arbeiter können sonach den beiden Kapitalistenorganen nur dankbar sein, daß sie ihre Aufmerksamkeit auf die außerordentliche Einträglichkeit des Bäckereigewerbes für die Unternehmer gelenkt haben. Namentlich die Bäckerei-Arbeiter werden sich das für passende Gelegenheiten merken.

Dagegen ist es nicht recht verständlich, was die „Kreuzzeitung“ mit dem Schlußsatz sagen will, den sie ihrer Notiz anhängt: „Man sieht also wieder einmal, wie sich die socialdemokratische Theorie in der Praxis ausnimmt.“ Will die „Kreuzzeitung“ damit vielleicht belehren, daß sie nunmehr die Nichtigkeit unsrer Anschauungen zugiebt? Denn in der That, wir predigen es ja alle Tage und beweisen es an unzähligen Beispielen, daß sich die Unternehmer auf Kosten der Arbeiter und der Konumenten fortgesetzt bereichern und daß es deshalb der Gesamtheit sehr nützlich wäre, wenn der privatkapitalistischen Wirtschaft ein Ende gemacht würde, damit der Vorteil allen zu gute käme.

Zur Unfallgesetznovelle

nahm die „socialpolitische Kommission der vereinigten wirtschaftlichen Vereine Rheinlands und Westfalens“ — Unternehmervereine — Stellung. Die Herren lehnen natürlich alles ab, was einer Verbesserung des Gesetzes auch nur ähnlich sieht.

Sie lehnen ab: daß Verletzte nur mit ihrer Zustimmung (beschränkt) auf einer Heilanstalt in eine andre übergeführt werden können; daß die willkürliche Rentenherabsetzung etwas erschwert werden soll;

daß die Rinderrente von 15 Proz. auf 20 Proz. erhöht werden soll;

daß die selbständigen Schiedsgerichte der Berufsgenossenschaften aufgehoben werden sollen. Sie witzeln darin den Anfang vom Ende der berufsgenossenschaftlichen Herrschaft.

Auch das lehnen sie ab, daß den Berufsgenossenschaften das Recht gegeben werden soll, in einzelnen Fällen über die geschlechtlich vorgeschriebenen Leistungen hinauszufragen. Dafür ist die Begründung interessant:

„Wir sind der Ansicht, daß keine Berufsgenossenschaft im Einzelnen über die geschlechtlich vorgeschriebenen Leistungen hinausgehen kann, ohne sich der wirksamen Verurteilung der Beteiligten in allen gleichartigen Fällen auszuweihen. Damit aber würden im Sinne des Gesetzes freiwillige Mehrleistungen zu obligatorischen werden. Zudem würden Berufsgenossenschaften, die sich streng auf Gewährung der geschlechtlich vorgeschriebenen Leistungen beschränken, bald den Gegenstand geschäftlicher Angriffe bilden.“

Auffälligerweise lehnen sie es auch ab, daß den Berufsgenossenschaften die Einrichtung von Arbeitsnachweisen übertragen werden soll.

Diese Beschlüsse deden sich so ziemlich mit den in der „Deutschen Industriezeitung“ kürzlich entwickelten Ansichten; sie sind auch dem Centralverband deutscher Industrieller, der sich am 18. Februar auf einer Delegiertenversammlung mit der Novelle beschäftigt wird, mit dem Antrag auf Annahme unterbreitet worden. Es ist deshalb zu vermuten, daß sich auch der Centralverband diese Beschlüsse zu eigen machen wird und daß die Vertreter des nackten Unternehmerinteresses im Sinne dieser Beschlüsse gegen die winzigen Verbesserungsvorschläge des Regierungsentwurfs auftreten werden.

Ein wertvolles Zugeständnis macht der Referent zur Frage der Fabrikarbeit verheirateter Frauen in der Handelskammer Leipzig. Die Unternehmer in Chemnitz haben eine Eingabe an den Reichskanzler gemacht, worin sie sich gegen jede Einschränkung der Fabrikarbeit verheirateter Frauen aussprechen und gleichzeitig haben sie ihre Leipziger Freunde um Unterstützung ihrer Petition gebeten.

Das thun auch die Leipziger; zur Begründung führt der Referent, Herr Fabrikdirektor Benzel, aus, die Vöhr in Sachsen seien so niedrig, daß die Arbeit der Frau für den Arbeiter die Voraussetzung zur Eingehung einer Ehe sei. Das heißt mit anderen Worten, die sächsischen Arbeiter verdienen so wenig, daß sie damit keine Familie ernähren können. Das mögen sich die sächsischen Arbeiter merken, falls man Lohnerhöhungs-Forderungen als unbedenklich bezeichnet.

Auch nach anderer Richtung ist die Stellung der sächsischen Fabrikanten interessant. Wenn die Frauen politische Rechte verlangen, so heißt es, die Frau gehört ins Haus. Jetzt fürchten die Herren von einer kleinen Einschränkung der Frauennarbeit eine Säuberung des Profits, da finden sie plötzlich, daß die Frau in die Fabrik gehört.

Socialpolitische Debatten im bayerischen Landtag. Aus München wird uns vom 6. d. M. geschrieben: Seit zehn Tagen steht der Etat des Ministeriums des Innern in der Abgeordneten-Kammer zur Beratung. Dabei ist Gelegenheit gegeben, nicht nur allein das Verwaltungssystem zu kritisieren, sondern die ganze Socialpolitik der Regierung auf ihren positiven Wert zu prüfen. Während der Generaldiskussion glaubte man sich in einer landwirtschaftlichen Versammlung zu befinden: Stallhändler, Ausflüchter, Viehzüchter, Viehverversicherer, Landwirtschaftsbank, landwirtschaftliche

Genossenschaften; von was andern war kaum die Rede. Sehr beachtenswert war der gemeinsame Vorstoß des Centrums und der Agrarier gegen die bestehenden Handelsverträge und die Gewerbesteuer, die von den Liberalen sehr schwach verteidigt wurden. Am 20. d. M. in die Diskussion brachte Genosse Dertel, der die politischen Liebergriffe auf dem Gebiete des Verfallens- und Vereinsrechts, sowie die Vorkämpfung von Wirtens seitens der Verwaltungsbekörden energisch rügte und eine Erweiterung des Expropriationsrechts für die Gemeinden forderte. Ein sehr drastisches Beispiel erörterte Genosse Scherz die staats-erhaltende Tätigkeit vieler Regiments-Antwärtner, namentlich bei Wahlen, das Gehaltswesen und die mangelhafte Organisation der Sicherheits-polizei, besonders in der Rheinpfalz. Von alledem weiß die bayerische Regierung gar nichts, Beschwerden liegen nicht vor, ergo ist alles in Ordnung. Socialpolitiker und Arbeiter kamen erst beim Antritt über die Gewerke-Inspektion auf ihre Rechnung. Genosse Scherz übte in einflussreicher vorzüglicher Rede an der Fabrikinspektion eine scharfe Kritik. Die ungenügende Kontrolle, die mangelhaften Schutzvorrichtungen, die Mangelhaftigkeit der Betriebsmittel auf Leben und Gesundheit der Arbeiter, die übermäßig lange Arbeitszeit, namentlich im Berggewerbe, die Unreinlichkeit im Gießgewerbe, die Abneigung einzelner Inspektoren, mit den Arbeitern zu verkehren, die Rücksicht der Behörden gegen rentierte Betriebsinhaber, die lächerlich geringen Strafen bei Verletzungen der Arbeiter, alle Mängel unserer Gewerbe-Inspektion und was dazu gehört, zählte unter Neben an der Hand zahlreicher Beispiele auf. Errichtung eines Arbeiter-Departements im Ministerium des Innern, Vermehrung der Gewerbe-Inspektoren, resp. Verkleinerung der Aufsichtsbereiche, Vermehrung der der Arbeiter-kasse entnommenen Hilfskräfte, Ausdehnung der Gewerbe-Inspektion auf Abergewerbe, Handel und Vertriebsgewerbe, sowie auf die Haus-industrie, offizieller Verkehr der Aufsichtsbeamten mit den Arbeiter-Organisationen, Forderung unserer Arbeiter. Genosse Reidel er-gänzte diese Forderungen durch ziffermäßige Nachweise über die traurigen Verhältnisse in der Hausindustrie, namentlich der Konfektionsarbeiter und Schuhmacher, unter besonderem Hinweis auf die Zustände in München, Nürnberg und der Rheinpfalz. Genosse Huber entrollte ein trauriges Bild von den im Röhren-gewerbe beschäftigten Arbeitern, deren viele, bei einer täglichen Arbeitszeit bis 14, 16 und 18 Stunden, das ganze Jahr seinen Sonntag haben. Darin ist die bayerische Regierung laud, die alle Wasserläufe Bayerns für unregelmäßig erklärte und damit den Mülkern die Möglichkeit eröffnet, das ganze Jahr hindurch an Sonn- und Feiertagen arbeiten zu lassen. Scharf Abstellung dieses Uebel-standes forderte Genosse Huber Ausdehnung der Gewerbe-Inspektion auf die Hafenarbeiter. Minister v. Zeillich war am ersten Tage sehr ungenügend, machte seinen Vertreter Liebergrube und Herrert zum Vorwort, lobte die bayerische Gewerbe-Inspektion über den Schellenkug und bezeichnete die Forderungen der Social-demokratie als unerfüllbar. Nach einer lebhaften Replik unserer Vertreter zog Excellenz v. Zeillich mildere Saiten auf und versprach thätigste Berücksichtigung der socialdemokratischen Wünsche. Viel-leicht erfüllt er sein Versprechen auch.

Die Liebe des freien Manns

Ist bei Gelegenheit der letzten Kaiser-Geburtsfeier bekanntlich in den preussischen Schulen konfisciert worden und zwar erfolgte die Beschlagnahme der bedeutlichen Strafe in der „Nationalhymne“ dem Anschein nach auf eine allgemeine Anweisung hin. Darob ist die christlich-monarchische „Tagl. Rundschau“ sehr betrübt. Das Blatt schreibt:

„Die Sache könnte vielleicht mandem lächerlich erscheinen, aber sie ist ernst, bitter ernst. Solche schiefen und jämmerlichen Ansichten über die Monarchie und monarchische Gesinnung fallen in den Augen mangelhaft unterrichteter Leute auf den Monarchen selbst zurück; sie fälschen geradezu das Bild des Kaisers in den Augen des Volkes. Der schliche Mann glaubt, so etwas müsse doch wohl vom Kaiser selbst ausgehen und gebilligt sein; er ahnt nicht, was an den zwischen ihm und dem Kaiser stehenden Stellen teils aus Thorheit, teils aus freibühlerischer Zuchtlosigkeit eigenmächtig gesündigt wird. Dieses Treiben schadet der Monarchie mehr, als alle Social-demokraten zutun können.“

Ob das Blatt recht hat, wenn es den nicht gerade belanglosen Vorwurf der Fälschung erhebt, wissen wir nicht. Das eine aber steht nach unserer Meinung fest, daß auch in den vielen Reden Wilhelm II. sich keine einzige Stelle findet, die die Ansicht unterstützen könnte, daß nicht der Kaiser noch die Höhe der Kaiserthron eine Stütze sind, sondern daß nur die Liebe des freien Mannes diesen Thron sichern kann.

Vielmehr hat sich Wilhelm II. bei den verschiedenen Gelegenheiten so nachdrücklich wie nur möglich darauf berufen, daß er gerade in der h e w a f f e n e n M a c h t die sicherste Stütze seiner Stellung erblickt. Schon der Armeebefehl nach der Thronbesteigung am 15. Juni 1888 enthält die markante Stelle: So gehören wir zusammen, ich und die Armee, so sind wir für einander geboren und so wollen wir unausslöchlich fest zusammenhalten, möge nach Gottes Willen Friede oder Sturm sein.

Bei der Föhnennagelung am 18. Oktober 1894 sagte der Kaiser, nachdem er darauf hingewiesen, daß wie einst gegen Wilhelm I., so auch jetzt die Frauen im Volke herrsche: Die einzige Säule, auf der unser Reich beruht, war das Heer. So auch heute.

Am 30. Oktober 1895, bei der 25jährigen Feier des Tages von Le Bourget bei den Gardebataillon betonte Wilhelm II., daß wir jeder Situation ruhig ins Auge sehen könnten, so lange blinder, unbedingter Gehorsam und alles überwindende Tapferkeit auch fernest in der Armee hochgehalten werde.

Wenn Feldmarschall der Leibkammer in Breslau am 3. Dezember 1895 sagte der Kaiser: Und je mehr man sich hinter Schlagworte und Parteiphrasen zurückzieht, desto fester und sicherer rechne ich auf meine Armee und desto bestimmter hoffe ich, daß meine Armee, sei es nach außen oder nach innen, meiner Wünsche und Wille gewärtig sein wird.

Auch in der Rede, die der Kaiser bei dem Militärjubiläum am 20. Juni 1896 in Potsdam hielt, heißt es, daß die Armee die Hauptstütze des Thrones sei. Solche Beispiele liegen sich wohl noch mehr anführen.

Erwägt man ferner, daß der Kaiser am 23. November 1891 die Refuten in Potsdam darauf hingewiesen hat, daß sie unter Umständen auf Vater und Mutter schießen müßten, so ist es nach allem begründet, wenn ein besonders königstreu Gemüth die gegen Hof und Heilige gerichtete Strophe für überlebt hielt mit dem Kaiser zu dienen verneinte, wenn er deren Konstellation andeutschete.

Ausland.

Südafrika im englischen Parlament.

Die sechstageige Erörterung des südafrikanischen Krieges im englischen Unterhaus hat, nachdem die Opposition sich nur zu ziemlich schwachen Angriffen auf die Kriegspolitik der Regierung hatte aufschwüngen können, in der Dienstagnacht noch zu einem Siege der Regierung geführt. Der Tadelantrag des Lord Fitzmaurice ist mit 352 gegen 139 Stimmen abgelehnt worden, und die Regierung kann nun die Vergewaltigungspolitik in Südafrika, zu der ja übrigens viele der Liberalen ihre Zustimmung gegeben haben, ruhig fortsetzen.

Vor der Abstimmung am Dienstag kamen von den Liberalen noch einmal Campbell-Bannerman, von der Regierung Balfour zum Wort. Bannerman sagte aus: Es befinde sich kein Grund zur Verzweiflung; das Land sei noch lange nicht in den letzten Tagen. Was es bisher geleistet hat das Stöhnen und die Bewunderung der Welt hervorgerufen. Die Gallier sind noch nicht vor den Thoren Roms und eben darum hat die Opposition die Freiheit der Meinungsäußerung. Die Opposition wünscht der Regierung jede Erleichterung für die Fortführung des Kriegs zu gewähren, damit derselbe so bald als möglich beendet werde. Die Opposition wünscht eine Vollst in Südafrika, die hoffen läßt, daß die jetzigen Leiden nicht vergeblich gewesen sind und daß Eintracht und Frieden aus dem Kampfe

hervorgehen wird. Es ist keine ernsthafte Begründung für die Ver-hauptung geliefert worden, daß eine Afriländerverchwörung mit dem Ziele besthe, die Engländer ins Meer zu jagen und die holländische Oberherrschaft in Südafrika aufzurichten. Engländer und Holländer müssen in Freundschaft mit einander leben und ich hoffe, daß neuerliche Aeußerungen einzelner Minister als Andeutung zu verstehen sind, daß eine klagere Auffassung bei dem künftigen Verfahren den beiden Klassen gegenüber Platz greifen wird.

Balfour erwiderte unter andern: Mit Recht dürfte Chamberlain sich rühmen, daß es nicht in geringen Grade seinem großen Verwaltungstalent zu danken ist, wenn sich jetzt sämtliche Kolonien dem Kampf für das Mutterland angeschlossen haben. Diesen fleissigen Angriffen zum Trotz wird Chamberlains Name für immer mit diesem großen Augenblick in der Geschichte Englands verknüpft sein. Die Opposition hätte bei der Erörterung über die Thronrede die Politik der Regierung unterwerfen können, ohne ein Tadelvotum zu beantragen. Was das Land zu fürchten hat, ist, daß fremde Nationen und die Politiker Transvaals denken könnten, in den Spaltungen in diesem Hause sei eine günstige Gelegenheit für sie gegeben. Was das Haus thun kann, das ist, zu zeigen, daß hinter dem britischen Soldaten ein geeintes Land steht. Ich wende mich an die Vaterlandsliebe der Herren vor der Gegenwehr, nicht ein Votum abzugeben, das die Wirkung haben könnte, den Krieg zu verlängern oder die Gefahr europäischer Verwicklungen zu erhöhen.

Wie es die Regierung wünschte, wurde darauf das eingebrachte Tadelvotum abgelehnt. Die Adressbedeutung wurde dagegen auch am Mittwoch noch fortgesetzt und zeichnete sich namentlich durch eine bemerkenswerte Rede einer der irischen Führer aus: Der Führer der irischen Nationalisten John Redmond brachte den Antrag seiner Partei ein, in dem ausgesprochen wird, daß die Zeit gekommen sei, den Krieg auf der Grundlage der Anerkennung der Unabhängigkeit der Südafrikanischen Republik und des Oranje-Freistaats zu beendigen. Redmond führt aus, die Vorwürfe, die sich die Minister und die Führer der Opposition, betreffend die Verantwortlichkeit für den Krieg, gemacht hätten, liegen ihn last. Beide Parteien seien für die Einleitung und Fortführung des Kriegs verantwortlich; der Krieg hätte durch Anwendung von Geduld, gutem Willen und Verschicklichkeit vermieden werden können. „Die Sympathie Irlands“, fährt Redmond fort, „ist mit den beiden südafrikanischen Republiken. Die irische Partei verachtet diesen ungerechten und unbilligen Krieg und ist, so sehr sie vermag, für die Aufrecht-erhaltung der Unabhängigkeit der beiden Republiken bemüht. Die mit so viel Heldennut verteidigt worden ist. Wenn das britische Reich in Verwicklungen geraten ist, so beweist die Mehrheit des irischen Volks ein Gefühl der Hoffnung und der Befriedigung. Der Hauptteil der öffentlichen Meinung in Irland ist dem Reiche feindselig; aber die Haltung der Irren diesen Krieg gegenüber ist nicht durch dieses Gefühl bestimmt. Vielmehr würden die irischen Sympathien die gleiche Richtung genommen haben, wenn England nicht beteiligt wäre und eine andre Macht versucht, den Kaiser- und Interdrücker in Südafrika zu stellen. England steht heute nicht in „glänzender“, sondern in jämmerlicher Vereinamung da; die Partei allein hat ihn ihre Gunst zugewandt. (Gelächter.) Die Meinung der führenden Männer in Amerika ist weit überwiegend England feindselig. Die einmütige Mißbilligung der ganzen Welt muß sicher ins Gewicht fallen. Was die Frage betrifft, ob durch die Haltung der irischen Mitglieder hinsichtlich des Kriegs die Aussichten der Gomerule-Forderung un-günstig beeinflusst werden, so meine ich, daß Irland nichts zu ver-lieren und alles zu gewinnen hat, wenn es seine Stimme auf der Seite der Gerechtigkeit und Freiheit erhebt.“ Redmonds Rede wird von seinen Parteigenossen an vielen Stellen mit Beifallszeichen begleitet.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung traten mehrere Redner für und gegen das Amendement von Redmond. Thomas W. Russell spricht sich gegen das Amendement aus. Er sagt, es sei bellagendwert, daß während tatsächlich das gesamte Großbritannien und alle sich selbst regierenden Kolonien auf der einen Seite stehen, acht irische Abgeordnete auf der andern Seite ihre Stimmen abgeben würden. Es wäre jonderbar, daß die Vertreter eines Landes, welches behauptet untrübt zu sein, eine der abschrecklichsten Gewalttherrschaften des Jahrhunderts unterstützen. In dem Amendement werde zum Nachgeben geraten, während der eindringende Feind sich noch auf britischem Gebiet befinde. Er könne jedoch dem Hause versichern, daß man ein zweites Majuba nicht erleben werde. Einen Tag würden die Boeren niemals in ihrem Staleider feiern, nämlich den Tag, an welchem das britische Parlament sich wieder unter ebenso schimpflichen Bedingungen wie im Jahre 1881 ergeben würde. Das Haus verwarf schließlich das Amendement Redmonds mit 368 gegen 66 Stimmen.

Frankreich.

Paris, 7. Februar. Es verlautet, der Staatsgerichtshof wird sich am 19. d. M. zur Aburteilung des Abgeordneten Habert bereinigen.

Die Bombe! Paris, 7. Februar. Wie die Blätter melden, fand ein Polizei-Agent gestern nacht in dem Fensterbalken des von Paul Cassagnac auf dem Boulevard Malesherbes bewohnten Hauses eine Schachtel mit brennendem Docht. Der Polizist löschte den Docht aus, wobei er sich die eine Hand verbrühte. Die Schachtel enthielt verschiedene Explosivstoffe, Revolverpatronen und Eisen- und Bleistücke. Dem „Matin“ zufolge ergab die Untersuchung, daß die Entzündung der Sprengstoffe gefährliche Wirkungen verursacht haben würde. Zwei Personen, die sich eilig entfernten, waren von dem Polizisten bemerkt worden, doch blieben die Nachforschungen nach dem Thäter erfolglos.

Es ist nur gut, daß es ein Polizei-Agent war, der das Nord-geschloß so bald entdeckte. —

Spanien.

Stürmische Scenen im Senat.

Der Senat war am Dienstag der Schaulust stürmischer Scenen. Veranlaßt wurden dieselben durch die Behauptung des Grafen Almenas, daß man von militärischer Seite den von ihm gestellten Antrag zu hintertreiben suche, welcher verlangt, daß diejenigen, welche den Verlust der Kolonien verschuldet haben, zur Rechenschaft gezogen werden sollen. Almenas fügte hinzu, die Generale und die Regierung, welche Spanien entehrt hätten, seien unwürdig und ehrlos und verlas einen Artikel der Pariser „Aurore“, in welchem mehrere spanische Generale verurteilt worden. Da Almenas es ablehnte, die beleidigenden Ausdrücke zurückzunehmen, beschloß der Senat, in geheimer Sitzung hierüber weiter zu verhandeln. In derselben weigerte sich Almenas, Aufklärungen zu geben, worauf ein Tadelvotum gegen ihn angenommen wurde. Almenas erwiderte, daß sei ihm gleichgültig, er sei entschlossen, in seiner Haltung zu beharren. Die ganzen Verhandlungen waren mit vielen Zwischenverhandlungen verbunden.

Aus Anlaß der Zwischenfälle fand dann ein Ministerrat statt, in welchem sich die Regierung darüber schlüssig machte, wie sie sich zu verhalten habe, falls ähnliche Scenen sich wiederholen sollten. —

Schweden.

Abtretung von Wismar. Aus Stockholm wird gemeldet, der zuständige schwedische Reichstagsausschuß habe vorgeschlagen, daß der Händische Vertrag wegen Abtretung der an Mecklenburg-Schwernin von Schweden im Jahre 1803 verpfändeten deutschen Besitzungen zu seinem Schritt seitens des Reichstags Veranlassung geben solle. —

Der Streik der österreichischen Bergarbeiter.

Wie die Blätter aus Tscheden melden, fand gestern nachmittag unter dem Vorhitz des Baron d'Alvert eine auf unmittelbare An-zeigung der Regierung einberufene Sitzung des Einigungsamts statt. Der Vorsitzende hob in der Eröffnungsansprache hervor, er sei zu

der Erklärung ermächtigt, daß die Regierung dem Bestreben der Arbeiter auf Besserung der Arbeitsbedingungen volle Auf-merksamkeit zuwenden; in der ersten Woche des künftigen Monats würde eine aus Vertretern der Regierung, der Gewerke und der Arbeiterschaft zusammengesetzte Kommission nach Wien ein-berufen werden, welche vorbereitende Erhebungen für Schaffung eines Gesetzes zur Abklärung der Arbeitszeit im Bergbau-Vetrieb anstellen solle. Hierauf wurde die Beratung zunächst über die nächsten Schritte eröffnet und alsdann die Sitzung vertagt.

Die Behörde legt ihr Werk der Verschärfung gegen die Arbeiter fort. Die Zahl der verbotenen Versammlungen mehrt sich und die Polizeimahregeln werden in einer Härte angewandt, daß es des ganzen Einkuffes besonnenen Leute bedarf, um gegen diese rohen Gewaltmahregeln nicht die Arbeiter zu unbesonnenen Handlungen hinführen zu lassen.

Auf dem Tagbau des Prager Kohlenbergwerkeschachtes Ludwig arbeiten etwa 50 Eisenbahner unter Bedeckung einer Compagnie Infanterie und eines großen Gendarmen-Aufgebots.

Zwei Arbeiter wurden wegen Sammelns zu drei Tagen Arrest verurteilt.

Tscheden, 7. Februar. Nachdem die Arbeiter auf der vollständigen Erfüllung sämtlicher Forderungen bestehen, dürften die Verhandlungen des Einigungsamts resultatlos sein und vertagt werden.

Vom Kriegsschauplatz

werden heute einige geheimnisvolle Mitteilungen gemacht, von denen man nicht weiß, ob sie wirklich Kunde von wichtigen Ereignissen bringen, oder nur so ausdienen sollen. Aus Kapstadt wird vom 6. telegraphiert, daß Feldmarschall Lord Roberts und Lord Kitchener die Stadt verlassen haben. Wohin, wird nicht mitgeteilt.

Aus Sterkstrom auf dem mittleren Kriegsschauplatz geht vom 5. Februar die folgende Meldung ein: Die all-gemeine Lage ist unverändert, jedoch hat die Imperial Mounted Infanterie mit Train das Lager am Sonnabend früh in westlicher Richtung verlassen. Wichtige Vorgänge werden erwartet; die Militärbehörden lehnen jegliche Aeußerung ab.

Am Mittwoch veröffentlicht die Londoner Abendblätter ein Telegramm aus Sterkstrom von demselben Tage, wonach die Boeren die Vorpösten an verschiedenen Punkten gleichzeitig angegriffen. Der Kampf sei im Gange.

Eine Proklamation Lord Roberts

Sterkstrom, 5. Februar. Lord Roberts hat eine Proklamation erlassen, in der er die Freistaats- und Transvaal-Boeren auffordert, die Sache der beiden Republiken im Stich zu lassen, indem er ihnen gute Aufnahme bei den Engländern verspricht; ferner wird in der Proklamation den Rebellen aus den Kolonien angeraten, sich jetzt zu ergeben, statt sich der Gefahr auszuliefern, im Felde gefangen genommen zu werden; die Rebellen dürften jedoch nicht dieselbe Behandlung wie jene Boeren erwarten.

All diese Nachrichten klingen fast danach, als ob jetzt versucht werden sollte, von Süden her in den Oranje-Freistaat vorzu-dringen. Doch scheinen ja auch hier die Boeren gut auf dem Posten zu sein, die nach der obigen Meldung ihrerseits an-griffsweise vorgehen.

Vom nordwestlichen Schauplatz.

London, 7. Februar. Dem „Standard“ wird vom Kopp-jesdam vom 5. d. M. gemeldet: General Macdonald ist gestern mit der Hochländer-Brigade, einer Batterie Artillerie und einem Regiment Lancers aus dem Lager von Rodder River in Koppjesberg angekommen. Der Koppjesdam beherrscht die Straßen von Kimberley nach Poyetown und Douglas. Macdonalds Eintreffen erfolgte gerade zur rechten Zeit, da hierdurch die Vereinigung zweier starker Boerenkommandos verhindert wurde; seine Streitmacht hält jetzt die beiden Ufer des Flusses besetzt. Zwischen den Vorpösten ist es bereits zu Plänkelen gekommen.

Vor Ladysmith.

Aus dem Boerenlager am Modderkruis bei Ladysmith wird vom 5. Februar gemeldet: Anhaltendes Geschützeuer ist seit heute früh 5 Uhr im Gange; dann und wann hört man den Donner des „Langen Tom“. Das Feuer dauert an.

Lezte Meldungen.

London, 7. Februar. Das Kriegsamt bestätigt, daß General Buller am 5. Februar den Zugelastig wieder überschritten hat und sich jetzt auf dem Marsche nach Ladysmith befindet.

London, 7. Februar. Dem Österreichischen Bureau wird aus dem Boerenlager bei Ladysmith vom 6. Februar gemeldet: Seit gestern haben die Briten die Stellungen der Boeren am oberen Zugela mit Marinegeschützen und andern Kanonen beschossen. Die britischen Truppen überschritten denfluß bei Pont-Drift und Molen-Drift, um die Stellungen der Boeren im Stummangriff zu nehmen. Bei Pont-Drift schlug General Buller die britischen Truppen zurück, welche in großer Verwirrung wieder über den Zugela zurückgingen. Bei Molen-Drift dauert das Geschütze noch mit Boeren aus Standerton und Johannesburg fort. Die Boeren hatten große Verluste. Die Kanonade wurde mit mehr Kanonen als bisher ausgeführt und war die heftigste, die bis jetzt stattgefunden hat. Das Donnern der Kanonen hielt den ganzen Tag an und die Beschichtung wurde heute früh mit noch mehr Kanonen wieder aufgenommen.

London, 7. Februar. In der Mitteilung des Kriegsamts, nach welcher die Truppen des Generals Buller den Zugela wieder überschritten haben, wird hinzugefügt, daß die betreffenden Operationen noch vor sich gehen, daß aber über das Resultat derselben noch keine Nachricht vorliegt.

Lourenço Marques, 7. Februar. Einer aus dem Haupt-quartier der Boeren hier eingetroffenen Nachricht zufolge haben die englischen Truppen am 5. d. M. unter dem Schutze einer heftigen Kanonade den Zugelastig an zwei Stellen überschritten. In einer Furt sollen die Engländer zurückgeschlagen worden sein. Das Feuer der Artillerie habe gestern wieder begonnen.

Gegen die Flottenvorlage.

Es war eine imposante Demonstration, welche am gestrigen Abend von seiten der Berliner Arbeiterschaft gegen den Flotten-sensationalismus ausgeführt wurde. Die Vertrauensleute der Social-demokratischen Partei von Berlin und den Vororten hatten insgesamt in 19 der größten Lokale Versammlungen anberaumt. Die Versamm-lungen waren sämtlich gut besucht, einige Lokale waren überfüllt; das Proletariat war in Massen herbeigeströmt, um Protest einzulegen gegen die jetzt so beliebte ulerlose Weltpolitik. Ist es doch das arbeitende Volk, das in allererster Linie die Kosten jener abenteuerlichen Flottenpläne aufzubringen hat. Denn die Unsummen, welche nach der Flottenvorlage in den nächsten Jahren für die Panzer in das Wasser geworfen werden sollen, müßten die breiten Schichten des Volks in Form von Zöllen auf die notwendigsten Lebensmittel aufbringen. Aber nicht bloß die Güter, auch die Wintsteuer muß das Volk aufbringen; es sind die Söhne des Volks, welche in Heer und Marine zu Tausenden ihr Leben einzugehen haben, wenn die Weltpolitik zu internationalen Verwicklungen geführt. Das Proletariat, das schon dem Land-Militarismus Unsummen zum Opfer bringen muß, hat also alle Ursache, sich der ihm zugehenden neuen Lasten zu erwehren. Was die Wasserpolitiker mit ihren Flottenvorlägen, verbunden mit „Rebelbildern“, vergebens angestrebt, die Arbeiterschaft Berlins in Bewegung zu bringen, das ist gestern Abend geschehen, als es sich um eine Demonstration gegen den Wasserfaktus handelte.

Nachstehende Resolution fand in allen Versammlungen fast einstimmige Annahme:

„Die Versammlung erhebt gegen den neuen Flottenplan auf das entschiedenste Protest.“

Der Flottenplan ist weder in der politischen noch in der wirtschaftlichen Stellung Deutschlands begründet.

Er entspringt einzig dem Ehrgeiz aus Deutschland, dem ersten Militärstaat, auch noch eine der ersten Seemächte zu machen. Die gegenwärtig vorliegenden größeren Flottenpläne mit der Konsequenz des vor kaum zwei Jahren vom Reichstag bewilligten großen Flottenplans ist, so müssen da nunmehr alle anderen Staaten ebenfalls ihre Flotten vermehren, aus der Bewilligung des neuesten Flottenplans später weitere Bewilligungen folgen, deren Ende sich nicht absehen läßt.

Den Vertretern um die größte stehende Armee schließt sich das Volk um die stärkste Flotte an und stürzt die Völker von neuem in endlos wachsende Ausgaben.

Die Arbeiterklasse hat kein Interesse, Rüstungen zu unterstützen, welche die Gefahren zu Reibungen zwischen den Kulturstaaten vermehren und dringenden Kulturaufgaben für Gegenwart und Zukunft die Mittel entziehen.

Zusammenfassend ist es wieder die Arbeiterklasse, auf deren Schultern die Last der neuen ins Riesenhafte sich steigenden Ausgaben hauptsächlich abgewälzt wird, wohnende die herrschenden Klassen durch die ungeheuren Profite aus diesen Rüstungen ihren Reichtum ins Ungemessene steigern und neue einflußreiche Posten und Versorgungsstellen für ihre Angehörigen gewinnen.

Die Versammlung fordert deshalb vom Reichstag die unbedingte Zurückweisung der Flottenvorlage.“

Heber den Verlauf der einzelnen Versammlungen gingen uns nachstehende Berichte zu:

1. Wahlkreis.

Die Versammlung des ersten Wahlkreises in Coburg-Kaiserslautern nahm einen sehr angeregten Verlauf. Der Saal war überfüllt, so daß die Tische besetzt werden mußten und das Lokal schon frühzeitig abgeperrt war. Genosse Gradnauer zerstückelte die Flottenvorlage und legte die Ausföhrungslosigkeit und Verderblichkeit der neuromodischen Weltpolitik dar. In der Diskussion sprach ein Herr Korbach für die Flottenvermehrung, wobei er einigen ironischen Beifall erzielte. Ein anderer Redner beschwerte sich als Student über die Angriffe des Referenten gegen die Flottenprofessoren; sein wenig angemessenes Auftreten fand eine dröhlische Abfertigung durch Genossen Kuer, der ferner gegen die Rüstungspolitik, die uns mit allen Nationen in Feindschaft setzt, unter lebhaftem Beifall sprach. Gradnauer erledigte sodann eine Reihe Irrtümer des ersten gegnerischen Diskussionsredners. Die Resolution wurde gegen einige Stimmen angenommen.

2. Wahlkreis.

Vor überfülltem Lokal in Wickers-Fest-Sälen sprach der Vertreter des 2. Wahlkreises Genosse Fischer in einem über zweistündigen Vortrag gegen die Vorlage. Großer Beifall folgte seinen instruktiven Ausführungen. In der Diskussion sprach der National-Soziale Herr Bent. Dann folgten die Herren Dr. Mohrbach und Apotheker Löwenstein. Es gelang jedoch diesen Herren nicht, sich über die bekannten national-social-freimüthigen Gemeinplätze zu erheben. Genossen Fischer war es ein Leichtes, in seinem Schlusswort die Ansichten der drei Herren Flottenschwärmer zu wiederlegen. Die Resolution wurde gegen 4 Stimmen angenommen.

In sehr gut besuchter Versammlung bei Gohmann, Kreuzbergstraße, sprach Genosse Rosenow unter lebhaftem Beifall der Versammlung. Redner schilderte die rapide Entwicklung des Militarismus und Marinismus und die damit entstandenen Lasten. In der Diskussion sprach zuerst Herr von Gerlach gegen diese Vorlage, da die Kostenfrage noch offen stehe. Die Socialdemokratie solle sich endlich für eine Reichsbergschaftsteuer erörtern zur Deckung der Flotte. Alsdann gab sich Redner, vielfach unterbrochen, große Mühe, an den Ausführungen des Referenten heranzutreten und für seine national-socialen Ideen Propaganda zu machen. Genosse Marxwald widerlegte ihm in unserm Sinne. Im Schlusswort nahm Genosse Rosenow Gelegenheit, der „sittlichen Veredlichkeit“ des Herrn v. Gerlach den Standpunkt klar zu machen. Die allgemeine Resolution gelangte mit allen gegen zwei Stimmen zur Annahme.

3. Wahlkreis.

In den Remin-Hallen, die bereits kurz nach 7 Uhr abgeperrt waren, sprach Genosse Heine. Der vordere Teil des Saales war schon frühzeitig von Studenten in Beschlag genommen, die sich durch ihre bekannten Manieren, Trompeln, Schreien, unliebsam bemerkbar machten. Diese Herren übertrugen auch, aus ihren Kreisen heraus das Bureau zu besetzen, blieben aber in der Minorität. Nach dem trefflichen, etwa zweistündigen Vortrag des Gen. Heine nahm Herr Dr. Wendtlandt das Wort. Er und ein Herr Dr. Becker versuchten vergebens die Anwesenden zur Kolonial- und Flottenschwärmerei zu bekehren. Bevor Genosse Heine das Schlusswort nahm, forderte Herr Wendtlandt seine Getreuen auf, mit ihm den Saal zu verlassen, was dem auch unter so großem Tumult geschah, daß der Heberwachende mehrfach mit Auflösung der Versammlung drohte. Sodann wurde die Resolution gegen 5 Stimmen angenommen.

4. Wahlkreis.

Der große Saal der „Drahenburg“, in dem Genosse Th. Meyer das Referat übernommen hatte, war bereits vor 9 Uhr polizeilich abgeperrt. Meyers Ausführungen, in denen er die Vorlage als eine den Interessen der Arbeiter zuwiderlaufende Feindschneide, fanden wiederholt Beifall. In der Diskussion versuchte ein Herr Groß in den Anwesenden begeistern zu machen, daß die Flottenfrage keine Macht ist, sondern eine Schutzfrage sei. Im übrigen aber liegt es im Interesse von Handel und Industrie, vornehmlich aber im Interesse der Arbeiter behufs Beschäftigung, werde die Zahl der Schiffe erheblich vergrößert. Seitens eines Diskussionsredners sowie des Referenten wurde hierauf dem Herrn in recht deutlicher Weise unter Beifall der Versammlung klar gemacht, daß das Proletariat keineswegs gewillt ist, die sogenannten „Nationalen Interessen“ am eigenen Leibe zu spüren, vielmehr sei das Volk entschlossen, energisch gegen jede weitere Verlastung Front zu machen. Die Resolution fand gegen 2 Stimmen Annahme und die imposante Versammlung schloß mit einem Hoch auf die Socialdemokratie.

Die Versammlung im Konzerthaus Sanssouci war von 1500 Personen besucht. Das Referat hatte hier der Reichstags-Abgeordnete W. Singer übernommen, der die Flottenvorlage nach jeder Richtung hin, insbesondere die finanzielle, politische und wirtschaftliche Seite derselben behandelte und in vorzüglicher Weise unsere ablehnende Stellungnahme zum Land- und Wasser-militarismus, speziell zu der gegenwärtigen Flottenvorlage, die dem Volk keinerlei Vorteile sondern nur Nachteile bietet, motivierte. Brausender Beifall folgte den Ausführungen. In einer längeren, ebenfalls recht sachlichen Rede versuchte sodann Herr Prof. Delbrück der Versammlung nachzuweisen, daß durch die Annahme der Flottenvorlage der Arbeiterklasse große Vorteile erwachsen würden, indem der Bau der Flotte nicht nur die Industrie im allgemeinen heben, sondern zahlreichen Arbeitern dauernd lohnende Beschäftigung sichern wird, wodurch die Hunderte Millionen, die für die Flotte verausgabt werden, zum Teil den Arbeitern zu gute kommt. Er verwies weiter darauf, daß die Arbeiterschaft doch beständig vorwärts strebt, und durch ein größeres Deutschland den intelligenten Söhnen der Arbeiter Gelegenheit gegeben werde, sich in den Kolonien eine

bessere sociale und wirtschaftliche Stellung, etwa wie die Engländer in Indien, zu schaffen. Nachdem der Redner noch die Notwendigkeit einer großen Flotte mit der Eventualität eines Krieges zu begründen versucht hatte, gab er der Meinung Ausdruck, daß die Annahme der Flottenvorlage gestützt und es deshalb zu empfehlen sei, daß die Socialdemokratie ebenfalls nun dafür stimme, damit sie bei der Verteilung der Lasten ein Wort mitsprechen könne. An der weiteren Diskussion beteiligten sich die Genossen Jubel, Mollath und ein anderer Redner, die sich unter lebhaftem Beifall der Versammlung gegen die Ausführungen des Herrn Professor Delbrück wandten und ebenso wie der Referent in seinem Schlusswort recht treffend widerlegten. Mit allen gegen die Stimmen des Herrn Delbrück und seiner Freunde wurde die Resolution angenommen.

In Kellers Saal referierte Genosse Vebel vor einer aus etwa 4000 Personen bestehenden Volksmenge. Da das Lokal polizeilich gesperrt war, fanden viele keinen Einlaß mehr. In 2 1/2 stündigen Vorträge begründete der Referent, gestützt auf ein reichhaltiges Fachkenntnis, unsere flottengegenehliche Standpunkt. Durch lebhaften Beifall gab die Versammlung ihr Einverständnis mit den Ausführungen Vebels. Hierauf übernahm es Professor Adolph Wagner, die Flottenpolitik mit den bekannten Argumenten zu verteidigen. Insbesondere bemühte er sich, den Arbeitern in echt professoraler Weise einzureden, daß die ulerlosen Flottenpläne für die deutschen Arbeiter ein ebenso nützlich wie billiges Unternehmen seien, und daß die Arbeiter, die so so viel für Vergnügungen aller Art ausgeben, gar keine Ursache hätten, über Steuerbrud zu schreien. Die Beweisführung des flottenschwärmerei Professor fand bei den Versammelten natürlich allgemeinen Widerspruch. Stills für Stills grüßte darauf Genosse Vebel die Argumente des Vorredners, so daß das lustige Gebäude der professoralen Beweisführung unter der Wucht der von Vebel vorgeführten Gründe allmählich zusammenstürzte. Der in die Enge getriebene Professor schob in Zwischenrufen dem Genossen Vebel Ausführungen unter, die dieser gar nicht gemacht hatte, was Vebel treffend zurückwies. Als die Debatte um 11 Uhr zu Ende war, wurde die Resolution einstimmig unter stürmischen Beifall angenommen.

5. Wahlkreis.

In der Brauerei Friedrichshain hatten sich etwa 3000 Personen eingefunden. Dort hatte Genosse Robert Schmidt das Referat übernommen. Er erledigte sich seiner Aufgabe unter dem größten Beifall der Anwesenden. Nach der Verlesung der Resolution nahm dann das Wort Professor Werner Sombart aus Breslau, um vor dem Volk die Flotte zu retten. Sombart wertete war aus seinen Keuperungen unter andern, daß er die Vorlage den Arbeitern dadurch schmackhafter zu machen versuchte, daß man eine Flotte im Gegensatz zum stehenden Heer nicht gegen den inneren Feind verwenden könne. Doch selbst dieses Argument konnte die Anwesenden nicht überzeugen und Kofle trat denn auch dem Redner entgegen. Außer Professor Sombart nahm dann noch für die Flottenvorlage Professor v. Halle, bekannt am meisten durch seine selbst bewirkte Umtauf, das Wort. In einem kräftigen Schlusswort fertigte dann noch Schmidt unter dem Beifall der Versammelten seine professoralen Gegner ab und die Resolution wurde gegen 10 Stimmen angenommen.

6. Wahlkreis.

Im Roabiter Gesellschaftshaus sprach in dem großen 2000 Personen fassenden Saal, der bis auf den letzten Platz besetzt war, der Abg. Herzfeldt An der Diskussion beteiligten sich die Professoren Dr. Ortman und Dr. Rich. Schmitt, welche die Vorlage zu verteidigen suchten. Genosse Kroll und der Referent widerlegten die Ausführungen der beiden Herren sehr treffend. Die Resolution wurde gegen drei Stimmen angenommen. In der von 1000 Personen besuchten Versammlung im Kolberger Saal hielt Liebknecht das Referat. Nach dem überstündigen Vortrag, der wiederholt von Zustimmungslundebungen unterbrochen wurde, nahm der National-Soziale Maurenbrecher das Wort. Die Arbeiterschaft hätte in der Flottenvorlage Gelegenheit, die Regierung zu vollstrebendlichen Konzeptionen zu zwingen und daher sei es ein Gebot der Klugheit, dieser Vorlage zuzustimmen. In kurzer zündender Entgegnung wies Liebknecht das Zerger der national-socialen Ausführungen nach, worauf die Resolution gegen die Stimme des Herrn Maurenbrecher angenommen wurde.

Die Versammlung für die Dranienburger und Rosenthaler Vorstadt, welche bei Rindner, Bergstr. 12, stattfand, war von etwa 600 Personen besucht. Das Referat hatte Genosse Reichhaus übernommen. An der Diskussion beteiligten sich der Herr Adolf von Wendt, welcher sich als einer der ärgsten Feinde der Socialdemokratie vorstellte, ferner Professor Delbrück und Genosse Frenthaler, welche leisterer sowie der Referent den beiden zuerst genannten Diskussionsrednern in gebührender Weise abfertigte. Die vorgeschlagene Resolution wurde gegen 6 Stimmen angenommen.

Das Wallfischmiederische Lokal war noch nie so stark besucht, als gestern. Circa 2000 Personen folgten unter gespanntester Aufmerksamkeit den Ausführungen des Genossen Spannkuch. Unter wiederholter stürmischer Zustimmung unterzog Redner die Vorlage einer kritischen Betrachtung. In der Diskussion meinte ein Dr. Reyle, die Flotte sei aus dem demokratischen Gedanken hervorgegangen. Von diesem Gesichtspunkt aus könne er für die Verrechnung eintreten. Die Resolution wurde unter lautem Beifall einstimmig angenommen.

Bei Rierke in der Schönhauser Allee referierte der Genosse Reichstags-Abgeordneter Wurm. Er wandte sich unter dem Beifall der circa 1000 Anwesenden in etwa 1 1/2 stündiger Rede gegen das Flottengesetz. In der Diskussion traten für die Vorlage ein Herr Dr. Denfeld sowie der Oberlehrer Herr Dr. Kurze ein, deren Ausführungen von dem Referenten in kräftiger Weise widerlegt wurden. Die an anderer Stelle mitgeteilte Resolution wurde gegen wenige Stimmen angenommen.

Schöneberg. Zahlreich hatten sich die Einwohner Schönebergs im Rindhaue eingefunden, um Protest zu erheben gegen das beabsichtigte Attentat auf den Geldbeutel der deutschen Bevölkerung. In sachlicher Weise geistelte Gen. Karl Liebknecht in zweistündiger Rede die Pläne der Weltpolitik. Die Versammlung bewies ihr Einverständnis durch lebhaften Beifall. In der Diskussion stellte sich Herr Lorenz als Freund der Wasserpolitik und als Kolonialschwärmer vor. Ihn schänderte der National-Soziale Weinhausen und ein Herr Dr. Schumacher, die den Anwesenden den Vorteil vorzurednen unternahmen, den die Arbeiter am Schiffbau hätten. Nach einem kräftigen Schlusswort des Referenten, der die Einwände der Gegner widerlegte, wurde die Resolution fast einstimmig angenommen.

Lichtenberg-Friedrichsherg. Die im Höfischen Lokal „Schwarzer Adler“ von 450-500 Männern und Frauen besuchte Versammlung war nach Anhörung des Referats vom Reichstags-Abgeordneten Calver einig in der Annahme der Protestresolution. Gegner meldeten sich nicht zum Wort.

Higdorf. Mehr als 1000 Parteigenossen und Genossinnen Rigdoffs füllten den großen Saal des Apollo-Theaters in der Hermannstraße bis auf den letzten Platz. Hier war es der Reichstags-Abgeordnete Fritj Kunert, der die ganze Schäßlichkeit des Evangeliums der gepanzerten Faust und seiner Ausgeburt, der neuesten Flottenvorlage, in einem vorzüglichen Vortrag bloßlegte. Er schloß seine mehrfach beifällig unterbrochenen Ausführungen mit einem Hinweis auf die socialpolitische und kulturüberhebende Wirksamkeit der Socialdemokratie, die von Idealismus und auch von wahrem Patriotismus erfüllt sei. (Stürmischer Beifall.) Der Schriftsteller Hottinger, der sich für einen warmen Arbeiterfreund erklärte, suchte dann in bekannter Manier für die Vermeerung der Flotte Stimmung zu machen. Er fand aber keine Gegenliebe, obwohl er sich tüchtig ausredete konnte. Die

Genossen Meyercau und Kunert antworteten treffend unter lebhafter und zum Teil stürmischer Zustimmung. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

In Albrechtshof war die Verammlung ebenfalls von Frauen und Männern sehr stark besucht. Hier referierte Paul Jahn unter lebhaftem Beifall der Anwesenden. Die Resolution gelangte zur einstimmigen Annahme. Nach einigen Ausführungen des Genossen Hilberand wurde infolge der Vollzeitsunde die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die Socialdemokratie geschlossen.

In Weißensee war die Versammlung in Albrechtshof sehr stark besucht. Schippel legte in andertshstündiger Rede die Argumente der Arbeiterschaft gegen die Flottenvorlage dar. Die Resolution wurde nach kurzer Diskussion, an der sich aber einzig Parteigenossen beteiligten, einstimmig angenommen.

Sociales.

Ein überflüssiges Bild des Wachstums der russischen Fabrikindustrie ergibt sich aus dem dieser Tage vom Finanzministerium herausgegebenen statistischen Rechenschaftsbericht über die Fabrikproduktion im Jahre 1897. Der Bericht stellt fest, daß 80 Proz. der gesamten Fabrikproduktion nur vier Industriezweige in Anspruch nehmen, und zwar die Papierstoff-Industrie, die Nahrungsmittel-Produktion, der Bergbau und die metallurgische Industrie. Die übrigen Industriezweige sind schwach entwickelt. Mit der Papierstoff-Industrie beschäftigten sich im Berichtsjahre 4449 Fabriken, der Wert der Fabrikate betrug 246 296 000 Rubel und die Zahl der Arbeiter 612 520. Am den Fortschritt dieser Industrie zu veranschaulichen, stellen wir diesen Daten die des Jahres 1887 gegenüber, damals betrug die Zahl der Fabriken 2847, die Wertsumme der Produkte 463 044 000 Rubel und die Zahl der Arbeiter 339 178. Bezüglich der Nahrungsmittelproduktion stellt sich das Entwicklungsverhältnis zwischen 1887 und 1897 folgendermaßen: Zahl der Fabriken: 14 508 bis 10 312, Wert der Produkte: 375 288 000-648 116 000 Rubel, Zahl der Arbeiter: 205 223-255 357. In der metallurgischen Industrie: 1877-2412; 112 618 000-310 626 000; 103 300-214 311. Bezüglich des Bergbaues sind folgende Daten gegeben: Im Jahre 1887 zählte man 2936 Grubenwerke und Fabriken, im Jahre 1897: 3412, die Jahresausbeute bezifferte sich im ersteren Jahre auf 156 012 000, im Berichtsjahre auf 393 749 000 Rubel und die Zahl der Arbeiter ist von 890 915 auf 544 333 gestiegen.

Die Entwicklung der einzelnen Industriezweige im Laufe des Jahrzehnts wird im Bericht durch eine Durchschnittsziffer pro Jahr veranschaulicht. Die Produktion der Montanindustrie vergrößerte sich im Verhältnis zu der Gesamtsumme der Produktion jährlich um 11,2 Proz., die chemische Industrie um 10,7, die Holzindustrie um 9,3 und die metallurgische um 8,4, die keramische um 8, die Papierstoffindustrie um 7,8 und die Papierindustrie um 3,2 Proz.; zu bemerken ist noch, daß auch die Verarbeitung der Tierprodukte um 4 Proz. und die Produktion von Nahrungsmitteln um 1,7 Proz. gewachsen ist.

Sociale Rechtspflege.

Mediko-mechanische Behandlung. Der Jügelei-Arbeiter Orselakt hatte im Jahre 1897 einen Betriebsunfall erlitten und sich dabei einen Rippenbruch, sowie eine Quetschung des rechten Arms zugezogen. Auf Grund eines Gutachtens des Dr. med. Wagner in Joppot erhielt O. zunächst 100 Proz. der Vollrente und wurde dann in die mediko-mechanische Anstalt des Dr. Wolf in Danzig aufgenommen. Nach seiner Entlassung aus der Anstalt begutachtete Dr. Wolf, daß O. infolge des Unfalles von 1897 nur noch um 25 Proz. in seiner Erwerbsfähigkeit beschränkt sei. Dr. Wagner, der dann noch gebört wurde, schätzte dagegen die durch den Unfall verursachte Erwerbsunfähigkeit noch auf 60 Proz. Die Versicherungs-Gesellschaft setzte nunmehr die Rente auf 60 Proz. herab, indem sie die niedrige Schätzung des Dr. Wolf nicht für maßgebend erachtete. Der Verletzte hielt aber auch die 60prozentige Entschädigung für ungenügend und legte Verurteilung ein, doch hatte er damit keinen Erfolg. Hierauf ergriff er das Rechtsmittel des Rekurses und verlangte, daß die Vollrente wieder hergestellt werde. Sein Zustand habe sich unter der Behandlung in der Anstalt des Dr. Wolf nicht gebessert, sondern verschlimmert. Das Reichs-Versicherungsammt wies indessen den Rekurs mit der Begründung zurück, daß nach dem Gutachten des Dr. Wagner nur eine Beschränkung der Erwerbsfähigkeit von 60 Proz. anzunehmen sei.

Stillschweigende Ausdehnung des Arbeitsvertrages. Der Sattler K. war etwa drei Jahre bei dem Fuhrherrn Jeauréman in Stellung. Seine Tätigkeit war nicht gerade einseitig. So manches Mal legte er Pflöcken und Nadel aus der Hand, um als Bretter oder Livrierter Diener auf den von Herrn J. vermieteten Chaisien zu fungieren. Dann ließ er sich auch öfter zum Waschen der Wagen bemühen. Diese weniger reinliche wie reinigende Beschäftigung paßte ihm aber nicht so recht. Eines Tages verweigerte er die von ihm wieder einmal verlangte Wagenwäsche. Er wurde deshalb plötzlich entlassen, was er mit einer Klage beim Gewerbegericht beantwortete. Auf die Einwände des Beklagten erklärte er vor der Kammer VII des Gewerbegerichts, daß das Wagenwaschen nicht zu den Geschäften eines Sattlers gehöre. Er verlangte eine Lohnentschädigung, weil die Entlassung unberechtigt gewesen sei. Außerdem wollte er 8 Ueberstunden bezahlt haben. Das Gericht billigte ihm dafür auch 8,20 M. zu, den Anspruch auf Lohnentschädigung konnte es aber nicht für berechtigt anerkennen. Der Vorsitzende Dr. Meier führte begründend aus: Wenn der Kläger immer als Diener gegangen sei und öfter die Wagen gewaschen, dann wäre er auch verpflichtet gewesen, auf Verlangen des Beklagten dessen Selbstfahrer zu waschen. Diese Arbeit sei eben infolge seines Verhaltens im Laufe der Zeit stillschweigend zum Gegenstande des Arbeitsvertrages gemacht worden. Seine Weigerung sei demnach als unberechtigte Verweigerung einer ihm nach dem Arbeitsvertrag obliegenden Verpflichtung anzusehen. Daß er ein Handwerker sei, ändere daran nichts. Wollte er sich davor bewahren, dann hätte er als Handwerker eine solche Arbeit überhaupt nicht verrichten sollen.

Kündigungsausschluß und Erweiterung des Arbeitsverhältnisses. Der jugendliche Laufbursche A. hatte Herrn Arnberg, den Inhaber einer Delikatesswaren-Handlung, wegen unberechtigter plötzlicher Entlassung beim Gewerbegericht verklagt und von ihm eine vierzehntägige Lohnentschädigung beansprucht. A. gab vor der Kammer VII zu, daß ihm seine Mutter bei der Annahme gesagt habe, er könne jederzeit entlassen werden, denn er hätte keine Kündigung. Was damals zwischen seiner Mutter und Herrn Arnberg verhandelt worden sei, erklärte er jedoch für nicht mehr bindend. Bei seiner Annahme wäre er noch Schüler gewesen und demzufolge nur des Nachmittags vom Beklagten beschäftigt worden. Nach seiner Einsegnung im Oktober sei er aber die ganze Tage im Geschäft und für das Geschäft thätig gewesen, ohne daß Beklagter von Kündigung noch einmal etwas gesagt habe. Der junge Mann wollte mit diesen Ausführungen darthun, daß Arnberg wegen der Veränderung in dem Arbeitsverhältnis nach einmal die Kündigung hätte auszusprechen müssen, wenn der Ausschluß weiter gelten sollte. Das Gericht wies indessen die Klage mit der Begründung ab, daß trotz jeder Kündigung der Kündigungsausschluß bis zuletzt in Kraft geblieben sei.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

London, 7. Februar. (W. S.) In einem gestern dem Komitee-ansich in Paris zugegangenen Memorandum protestiert Osterreich gegen eine Amnestie. Er führt zahlreiche Punkte an, auf Grund deren er einen neuen Prozeß anstreben will.

Peking, 6. Februar. (Reichs- und Reuterschen Bureau.) Man glaubt jetzt allgemein, daß die Kaiserin die formelle Abdsetzung des Kaisers nicht wagen werde, weil sie befürchtet, daß ein solcher Schritt auf ersten Widerstand im südlichen China stoßen werde.

Reichstag.

112. Sitzung vom 7. Februar 1900, 1 Uhr.

Im Bundesratssitz: Rieberding.

Die zweite Beratung der sogenannten lex Heinze wird fortgesetzt bei § 184a. Er lautet in der Kommissionsfassung: Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 600 Mark wird bestraft, wer Schriften, Abbildungen oder Darstellungen, welche ohne Rücksicht auf die Schamhaftigkeit der Betreffenden, die öffentliche Sittlichkeit zu verletzen an öffentlichen Straßen, Plätzen oder andern Orten, die dem öffentlichen Verkehr dienen, in Vergerms erregender Weise ausstellt oder auslegt. (Die in Ausführungsgesetzen gesetzten Stellen waren in der Regierungsvorlage nicht enthalten.)

Die Abg. Vech (Coburg) u. Gen. (fr. Sp.) beantragen, diesen Paragraphen zu streichen.

Abg. Müller-Neimingen (fr. Sp.):

Der Begriff der Schriften usw., welche das Schamgefühl verletzen sollen, ist ein so vager, richtet sich so sehr nach der subjektiven Anschauung des Einzelnen, daß wir nicht in der Lage sind, diesem Paragraphen zuzustimmen. Herr Rören hat versucht, diesen vagen Begriff etwas deutlicher zu machen. Er sagte, ohne Rücksicht auf die Schamhaftigkeit der Betreffenden, die öffentliche Sittlichkeit zu verletzen an öffentlichen Straßen, Plätzen oder andern Orten, die dem öffentlichen Verkehr dienen, in Vergerms erregender Weise ausstellt oder auslegt. (Die in Ausführungsgesetzen gesetzten Stellen waren in der Regierungsvorlage nicht enthalten.)

Abg. Rören (C.):

Ich betone, die Fassung der Kommission lehnt sich an die Regierungsvorlage an, und frage zugleich den Herrn Vorredner, was wohl diese Vorlage der Regierung mit den Kunstschöpfungen des Vatikan zu tun hat. Wir wollen die heranwachsende Jugend gegen die sittlichen Gefahren schützen, die ihr durch den Anblick solcher Bilder entstehen. Die §§ 180 und 181 richten sich gegen das bereits bestehende Gesetz, aber diese Bestimmungen sind von beschränkter Bedeutung, wenn nicht Sanktionen getroffen werden, um die Jugend vor Verberdung zu schützen. Die bisherige Rechtsprechung genügt uns nicht. Der Begriff der Unzucht hat nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts eine so enge Interpretation erfahren, daß er jetzt nur Anwendung findet, wo es sich um Bilder handelt, die unzüchtige Handlungen darstellen oder dazu reizen. Die Folge davon ist, daß sich jetzt die schamlosesten Darstellungen überall in Schaufenstern breitmachen, ohne daß die Polizei einschreitet. Es ist ferner gekommen, daß man sich nicht über die Strafe scheiden kann aus Furcht, es könnte sich durch den Anblick solcher Bilder vergiften. Man hat behauptet, daß Kunst und Wissenschaft durch diesen Paragraphen eingekerkert würden. Ich verstehe es nicht, wenn dieser Vorwurf von einer gewissen Presse erhoben wird, die sich unter den jetzigen Verhältnissen so wohl fühlt, wie der Geist in Korinthien. Aber ernsthaft kann man von einer Einkerkelung von Kunst und Wissenschaft nicht sprechen. Der Paragraph setzt voraus, daß die Bilder an öffentlichen Plätzen oder Straßen, die dem Verkehr dienen, ausgestellt werden und zwar in Vergerms erregender Weise und zu geschäftlichen Zwecken. Allerdings wird viel unter dem Deckmantel der Kunst getrieben. Man braucht nur irgend eine photographische Aufnahme mit einem historischen Vorgang oder einer Dichtung in Verbindung zu bringen und glaubt dann, einen Preisbrief für die größten Schamhaftigkeiten zu haben. Es ist etwas anderes, ein Kunstwerk selbst in der künstlerischen Ausführung betrachten oder bewundern oder die Reproduktion im Schaufenster zu sehen. In der photographischen Reproduktion im Schaufenster oder in einem Bild tritt die künstlerische Ausführung zurück und die Nacktheit folgt hervor. Ich habe hier eine ganze Kollektion von sogenannten Verbotenen, die einfach eine nackte Figur in der Lage des Geschlechts darstellt. Da ist doch von Kunst nicht mehr die Rede. Wenn übrigens der Herr Vorredner nicht von einem hochartistokratischen Herrn gesprochen hätte, so würde ich sagen: „Ich war der Herr.“ (Große Heiterkeit.) Ich bin in einem solchen Geschäft gewesen, das sich als Kunst- und Feinmaterialien-Handlung bezeichnet und wo das ganze Schaufenster mit sogenannten Modellvorlagen ausgefüllt war. Junge Leute im Alter von 15 bis 16 Jahren belagerten dasselbe, und einzelne gingen auch in den Laden, wahrscheinlich, um solche Vorlagen zu kaufen. Ich habe in

dem Geschäft zwei von diesen Vorlagen verlangt, — das stimmt wieder nicht mit dem von dem Herrn Vorredner angeführten Vorfall überein. — Der Verkäufer gab mir darauf eine ganze Kollektion, nicht dieser Vorlagen, sondern solcher Bilder, wie ich sie Ihnen hier überreiche. Sie mögen selbst beurteilen, ob das von Kunst die Rede ist. Weiter überreiche ich Ihnen eine Kollektion von Postkarten, die von einer Anstalt an sämtliche Oberlehrer geschickt wurde. Die Handlung schreibt: „Unsere Karten sind dezent, humoristisch, pikant, werden von der Post befördert, und Sie können sich durch den Vertrieb einen schönen Nebenverdienst erwerben.“

Man hat gesagt, die Erwachsenen hätten wenigstens berechtigten Anspruch auf Kunstgenuss. Doch die Erwachsenen können ja in die Museen gehen, und viele von ihnen würden sich auch sicher eine Einschränkung ihres sogenannten berechtigten Kunstgenusses gefallen lassen im Hinblick auf die große sittliche Gefahr für die Jugend. — Herr Müller ist auch auf die Kunstschätze des Vatikan eingegangen. Ich wiederhole, daß dieser Paragraph von der Regierung eingebracht ist und frage nochmals, was die verbündeten Regierungen mit dem Vatikan zu tun haben. Wir sind doch nicht verantwortlich für das, was im Vatikan ausgestellt ist und wenn wir diese Bilder nicht als unzüchtig erklären, so würde das nur beweisen, eine wie freie Anschauung wir über wirkliche Kunstwerke haben. (Sehr richtig! im Centrum.) Hier in diesem Paragraphen handelt es sich nur um Ausstellungen zu geschäftlichen Zwecken. (Zuruf: Reproduktionen!) Den Unterschied zwischen Kunstwerk und Reproduktion habe ich schon hervorgehoben. Es wird gesagt, der Begriff der Verletzung des Schamgefühls soll zu unbestimmt sein. Unsere Rechtsprechung praktiziert aber mit diesem Begriff schon seit dreißig Jahren ohne Schwierigkeit, denn auch der Begriff der Unzüchtigkeit setzt voraus, daß das Schamgefühl in gröblicher Weise verletzt wird. Etwas arbiträr (eigenes Ermeßen) muß schließlich dem Richter doch überlassen bleiben. Wasgeht es für das Schamgefühl eines normalen Menschen oder das allgemeine Schamgefühl, wie es einem gesitteten und zivilisierten Volke innewohnt. (Lachen links.) Daß von den Gerichten ein zu strenger Gebrauch von diesem Paragraphen gemacht werden würde, brauchen wir nicht zu befürchten. Auch Herr Vebel hat gestern mit Recht hervorgehoben, daß unsere Gerichte gerade gegenüber Sittlichkeitsvergehen eine ungeheurer Lage Auffassung vertreten. Der Herr Staatssekretär hat bei der ersten Lesung hervorgehoben, daß wir in einer Periode des sittlichen Niedergangs begriffen sind. In der That betrug im Jahre 1887 die Zahl der Sittlichkeitsverbrechen und Vergehens, die zur Verurteilung kamen, rund 7000, 1897 betrug sie rund 14 000, und zwar kam die Zunahme wesentlich auf Rechnung der jugendlichen Verbrechen. Ich weiß von zwei jugendlichen Journalisten, die wegen Sittlichkeitsvergehen bestraft wurden. Diese erklärten, sie seien durch schlechte Lektüre und unsittliche Abbildungen auf die Bahn des Verbrechens geführt worden. Gefährlich sind weiter die Antropologie und Anemotographen. Auch diese schätzbare Vervollkommenung der Technik hat sich sofort in den Dienst der Gemeinheit gestellt. Ich will Ihnen nur einige Titel der ausgestellten Bilder anführen: „Pikante Badescene“, „Trautnacht“, „Fahrt der jungen Barfina“, „Sohnja im Bade und der verliebte Soldat“ (Heiterkeit), „Erlebnisse auf der Hochzeitsreise“ (Erneute große Heiterkeit). Diese Lebertriften allein müssen einen verderblichen Reiz auf die Sittlichkeit ausüben, noch mehr aber die Darstellung selbst. An einem dieser Bilder befand sich die Beschriftung: „Von der Polizei konfiszirt, vom Schöffengericht wieder freigegeben.“ Ist diese Beschriftung richtig, so beweist das nur, daß hier eine Lüge im Straßengeschehen ist, die ausgefüllt werden muß. Ich bitte Sie im Interesse der heranwachsenden Jugend, diesen Paragraphen anzunehmen. (Bravo! im Centrum.)

Staatssekretär Rieberding:

Die Regierungsvorlage hat nichts anderes im Auge, als zu verhindern, daß Bilder usw., die das Schamgefühl verletzen, an öffentlichen Plätzen in einer Weise ausgestellt werden, die Vergerms erregt. Wenn hier auf Fälle Bezug genommen ist, in denen in Läden ausgestellte Bilder konfiszirt sind, so hat das mit der Regierungsvorlage nichts zu tun. Ich muß aber betonen, daß die Regierungsvorlage mit dem Kommissionsvorschlag übereinstimmt, wie der Abg. Rören behauptet hat. Der Kommissionsvorschlag unterscheidet sich in zwei wesentlichen Punkten von der Regierungsvorlage, und ich muß das Haus dringend bitten, diese beiden Punkte auszuweisen. Erstens soll die junge Welt bis zum 18. Lebensjahre vor solchen Bildern geschützt werden. Diese Bestimmung paßt gar nicht in den Rahmen der Vorlage hinein. Die Vorlage will nur den Anstand auf öffentlichen Straßen und Wegen schützen, hier handelt es sich aber darum, Kinder gegen den Erwerb zu schützen. Dies müßte in einem besonderen Paragraphen gefordert werden. Zweitens soll nach dem Kommissionsvorschlag auch derjenige bestraft werden, der ohne ein Gewerbe mit solchen Dingen zu treiben, nur in der Absicht, das Schamgefühl zu verletzen, solche Bilder usw. verbreitet. Entweder ist diese Bestimmung überflüssig oder sie ist unklar. Die Regierung hat sich bemüht, gerade weil es sich hier um ihrer Natur nach vage Begriffe handelt, sie möglichst klar zu fassen, und so bitte ich Sie, die Regierungsvorlage anzunehmen.

Abg. Heine (So.):

Wir sind gegen diesen Paragraphen und haben dafür gewichtige Gründe. Das Gesetz verleiht nicht die Tendenz, pornographische Darstellungen oder Abbildungen zu verfolgen, dazu reicht § 187 aus, sondern es will solche Dinge treffen, die das Scham- und Sittlichkeitsgefühl verletzen, ohne unzüchtig zu sein. Wir ist es immer unklar geblieben, wie das überhaupt möglich ist. Ich kann mir nicht vorstellen, wie etwas nicht Unzüchtiges das Scham- und Sittlichkeitsgefühl verletzen soll. Rein Sittlichkeitsgefühl nimmt Anstoß an der schamlosen Tendenz, was nicht unzüchtig ist, kann mein Blut nicht in Wallung bringen, was aus lauterer Emission entspringt, mein Sittlichkeitsgefühl nicht verletzen. Nur das Gemeine in Tendenz, und Inhalt wieder mich an. Die Verfolgung aber richtet sich gegen das Ungehörige, das Unbelleidete, das Kätzliche, kurz gegen die Wahrscheinlichkeit auf gewissen Gebieten der Kunst. Für den ganzen Gesetzparagraphen liegt keine Veranlassung vor, denn dem Kleinen ist alles rein, dem Schweine aber wird alles zur Schweineerei. (Stürmische Heiterkeit.) Es giebt unzüchtige Kinder auch in späteren Lebensjahren, sie nehmen Anstoß an der Bilderwelt mit Adam und Eva, sollen wir deshalb Adam und Eva aus der Bilderwelt verbannen? (Sehr gut! bei den So.) Nein, solcher Schmutzfluten wegen brauchen wir kein neues Gesetz zu geben. Am giebt es eine Mischung, die ohne selbst unzüchtig zu sein, Unzüchtigkeit überall bei andern wittert. Ich kannte einen alten Herrn, der hat mich gelehrt, daß die mittelalterliche Kunst deshalb der antiken vorzuziehen sei, weil in ihr der menschliche Körper nie nackt, sondern immer bekleidet in die Erscheinung tritt. Es giebt Dämonen, die das Wort Hören nicht hören können, weil sie beim Anhören immer daran denken müssen, was darunter steckt. (Stürmische Heiterkeit.) Es giebt Eltern, welche ihren Kindern das Waschen verbieten, weil sie dabei den eigenen nackten Leib sehen würden.

Ich habe schon bei früheren Paragraphen auf die Judikatur des Reichsgerichts hingewiesen. Herr Rören hält diese Judikatur für gut und fürchtet nur, daß sie sich wandeln könnte. Ja, wenn wir das hoffen könnten, so wäre das sehr schön, aber die Judikatur des Reichsgerichts hat sich immer nach rückwärts, nie nach vorwärts gewandelt. Auch die Bilder, die Herr Rören hier vorgelegt hat, konnten mich nicht zu der Ueberzeugung bringen, daß der Paragraph notwendig ist. Die Fälle, von denen Herr Rören sprach, würden auch von dem § 184a gar nicht getroffen werden. Wenn Herr Rören in den Laden gegangen ist und sich die beiden Bilder aus einer Wappe herausgeholt hat, so kann der Verkäufer nicht bestraft werden, denn der Herr Stolze

Rören ist ja über 18 Jahre alt (Heiterkeit) und der Verkäufer hatte die Bilder nicht öffentlich ausgestellt. Jeder dumme Junge aber, der solche Bilder kaufen will, hat immer einen älteren Bruder oder Vetter, der für ihn in den Laden zu gehen bereit ist.

Daß die Zahl der Sittlichkeitsdelikte nach der Statistik zugenommen hat, ist richtig. Das liegt aber zum großen Teil daran, daß heute viel schärfer aufgepaßt wird und zahlreiche Dinge zur Anzeige kommen, die früher überhaupt nicht zur Beurteilung gelangten. Kamentlich sind häufig Anzeigen und halbwegsige Bureichen, weil sie nackt gebadet haben, wegen unzüchtiger Handlungen verurteilt worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es fehlt der Beweis dafür, daß so und so viele Tausende, die wegen Unzucht verurteilt worden sind, durch diese Schriften dazu verführt worden sind. Gewöhnlich ist die Jugend schon viel früher verberdet, ehe derartige Schriften an sie herantreten. Uebrigens für mich haben die Bilder, die Herr Rören gezeigt hat, auch nicht einmal etwas so entsetzlich Abscheuliches, wie es Herr Rören geschildert hat. Die eine Postkarte stellt das bekannte Bild Corraos „Jesus in den Wolken“ dar. Es ist ein nacktes Frauenbild von hinten dargestellt, aber ich habe nie an die Möglichkeit gedacht, daß jemand dabei unkeusche Empfindungen haben könnte. (Heiterkeit.) — Da sind weiter nackte Weiber, die photographirt worden sind. Was ist denn dabei. Die Bilder sind gemacht worden zum Studium für junge Künstler. Die Bilder sind oft bekannt nicht so gestellt, um sich Modelle kommen zu lassen und vor ihnen nach der Natur zu zeichnen. Es handelt sich um die ganze Tendenz des Antiques, und diese richtet sich gegen die Audität an sich. Im alten heiligen Köln wurde vor einigen Jahren ein Künstler bestraft, weil er das ungeheuer leinliche Kunstwerk „Drei Grazien“ im Fenster ausgestellt hatte; das gilt also schon heute. Ich begreife also absolut nicht, wozu wir ein neues Gesetz brauchen. In den letzten Tagen hat ein wegen seiner berufenen und unbefundenen Schriften sehr bekannter vornehmer Herr der Kunsthandlung Heller u. Reimer die Einlasskarte zurückgeschickt, weil auf derselben ein nacktes Weib abgebildet sei. Gewisse Kreise, deren Jugend sonst nicht gerade großen Wert auf Keuschheit zu legen pflegt, sind merkwürdigerweise heute an die Spitze der sogenannten Sittlichkeitsbewegung getreten. Am sonderbarsten ist aber, daß der Kampf gegen die Nacktheit von Leuten geführt wird, die ihrer religiösen Stellung nach doch in dem nackten Menschenleibe das Ebenbild Gottes sehen müßten. — Dem Paragraphen liegt die Furcht vor dem Fleiß und der Haß gegen das Fleiß zu Grunde. Nun kann aber die Nacktheit nicht entbehren. — Man sagt, es sei notwendig, die Jugend zu schützen. Ich für meine Person bin ungehörig in der Anschauung klassischer Bildwerke, die lauter Auditäten waren, und das gab mir eine glänzliche Unbefangenheit, die keinen lästernen Gedanken kannte. Bedenken Sie: je mehr Sie die Jugend absperrten von derartigen Dingen, desto mehr wittert sie die verbotene Kunst und wird lästern nach ihr. (Sehr richtig! links.) Wenn Sie sich bemühen, die Jugend vor unkeuschen Schriften zu bewahren, so muß ich Sie ermahnen an alles das, was ab und zu durch die Presse geht über die Unterhaltungen, die in der Religionsstunde und dem Weichstuhle gepflegt werden. (Lachen im Centrum.)

Der Paragraph richtet sich nicht nur gegen Bilder, sondern, und das ist in meinen Augen das Bedenkliche, auch gegen Diawerke. Goethes Wahlverwandtschaft, Wallthers von der Vogelweide und „Unter den Linden auf der Heiden“ schildern offen den Geschlechtsakt und niemand hat an dem Werke etwas Unzüchtiges entdeckt, aber nach diesem Gesetz würde die Verbreitung dieser Werke strafbar sein. Das Gesetz leidet an einer derartigen Unbestimmtheit des Ausdrucks, daß man es schon deshalb bekämpfen muß. Wie stellt man sich denn vor, daß Schriften in Vergerms erregender Weise ausgestellt werden? Es wird immer alte Weiber männlichen und weiblichen Geschlechts geben, die Vergerms daran nehmen, daß einzelne Schriften ausgestellt werden. Ich habe eine Frau gekannt, die schämte sich, wenn sie an Schilde einer Hebamme vorbeiging. (Heiterkeit.) Andre Leute wieder schämen sich, wenn sie sehen, daß eine Vorlesung über Geschlechtsverhältnisse angeordnet wird. Was sind ferner öffentliche, dem Verkehr dienende Orte? Solche Orte sind doch z. B. auch die Kunsthandlungen, und jeder Kunsthandwerker, der gegen Einlasskarten zur Verschönerung seiner Bilder Eintritt gewährt, würde strafbar sein. Wir haben in unserer Judikatur eine sehr ausdehnende Auslegung des Begriffs „öffentlicher zugänglicher Ort“, daß ja sämtliche Privat-Kunstausstellungen unter dieses Gesetz fallen. Die Folge dieses Gesetzes würde also nichts sein als eine Reihe von unheimlichen Denunziationen, wie sie jetzt schon in Berlin vorgenommen werden, die weiter nichts zuwege bringen, als das reelle Geschäft und die Liebe zur Kunst zu unterbinden und zu schädigen. Wir können allen denen, die an dem Paragraphen mitwirken, den Vorwurf nicht ersparen, daß sie, vielleicht unbewußt, einer Geistesrichtung Vorschub leisten, die in ihrem inneren Kern unkeusch ist. (Lebhaftes Bravo! links.)

Geh. Ober-Juzizrat v. Lenthe:

Das bestehende Gesetz reicht nicht aus. Es giebt nicht direkt unzüchtige Darstellungen, die doch geeignet sind, das Schamgefühl zu verletzen. Die Rechtsprechung des Reichsgerichts über den Begriff „unzüchtig“ ist durchaus eine enge. Unkeusche Darstellungen, die für einen Mediziner im höchsten Grade unkeusch sein können, können das Sittlichkeitsgefühl in hohem Grade verletzen, wenn sie an öffentlichen Orten ausgestellt sind, wo jeder Vorübergehende sie sehen kann.

Abg. Gasse (fr. Vg.) (auf der Tribüne schwer verständlich)

erklärt sich gegen den ganzen Paragraphen, der wenig Nutzen bringen, aber dafür sehr viel Schaden anrichten könnte. Nüchternheit und Denunziationen würden die Folge sein. Was heute als schamlos angesehen wird, ist früher nicht als schamlos angesehen worden und umgekehrt. Als Gesetzgeber muß man doppelt vorsichtig sein, wenn es sich um Bestimmungen handelt, die der Anwendung solcher vager Anschauungen Thür und Thor öffnen. Die Bilder, die hier Kollege Müller vorgelegt hat, zeigen durch ihre Konfiszation das Gefährliche des Weges, den wir mit dem § 184a betreten sollen.

Abg. Dr. Hüffel (Rp.):

Die heutigen Gesetze reichen nicht aus. Nicht aber fördert die Unzüchtigkeit mehr, als unsittliche Schriften und Bilder. Die Kunst tritt meist bei solchen Dingen hinter der Bescheide zurück. Wir bekämpfen alles, was dem Volk schädlich sein kann, wir müssen auch bekämpfen, was der Seele schaden kann. Meine Freunde werden in der Mehrzahl für die Regierungsvorlage stimmen, ein Teil wird sich für den Vorschlag der Kommission erklären. Kein einziger wird aber für den Antrag Vech stimmen.

Abg. Heiming (L.):

erklärt sich mit den Ausführungen des Abg. Rören in der Hauptfrage einverstanden. Studien sind für Künstler notwendig, aber sie brauchen nicht öffentlich ausgestellt werden. Die Annahme des Abg. Heine, daß durch die Vorlage die Kunst gefährdet werde, tritt durchaus nicht zu. In der Kunst kommt es nur auf das „Wie“ an. Niemand wird in der Gruppe des Kollon etwas Unzüchtiges finden. In erster Linie bitte ich um Annahme des Kommissionsbeschlusses, eventuell um Annahme der Regierungsvorlage.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Abgestimmt wird zunächst über die Kommissionsvorlage. Die Abstimmung ist eine namentliche. § 184a wird in der Kommissionsfassung mit 100 gegen 100 Stimmen angenommen.

Als § 184b hat die Kommission einen neuen Paragraphen eingefügt, welcher lautet:

Kellern, Singspiele, Gesangs- oder declamatorische Vorträge, Schauspielen von Personen oder ähnlichen Aufführungen veranstaltet oder leitet, welche durch gröbliche Verletzung des Scham- und Ehrliebegefühls Vergernis zu erzeugen geeignet sind.

Gleiche Strafe trifft denjenigen, der in öffentlichen theatralischen Vorstellungen, Singspielen, Gesangs- oder declamatorischen Vorträgen, Schauspielen von Personen oder ähnlichen Aufführungen durch die Art seines Vortrags oder Auftretens das Scham- und Ehrliebegefühl gröblich verletzt.

Abg. Dr. Müller-Weinungen (fr. Sp.)

wendet sich gegen diese Bestimmungen. Es treffen auf diesen Paragraphen alle Argumente zu. Die schon gegen den vorigen Paragraphen angeführt worden sind. Der § 184b bedeutet eine Gefahr für unsere ganze deutsche Klassicität. Von Goethe will ich gar nicht reden, aber von Schiller und Shakespeare. Volckentums Lehrer, die Brant von Messina, Shakespeares sämtliche Königsdramen fallen unter die lex Henze. Wie wird es aber erst unsern Jungen gehen. Eudermann verschwindet vollständig. Dalbes Jugend kommt sofort auf den Index, so selbst das harmlose Lustspiel Dreiers In Behandlung, das jetzt im Schüler-Theater gegeben wird, läuft bei der lex Henze Gefahr. (Heiterkeit.) Jetzt schon begeht die Polizei Mißgriffe auf Mißgriffe. Wie ist der Censor mit Kostands Tragikomödie Cyrano von Bergerac umgesprungen vor der Auf-führung im Deutschen Theater. (Medler verliest unter großer Heiterkeit einige ganz harmlose, vom Censor gestrichene Stellen.) Ebenso wie mit Cyrano von Bergerac ist man mit andern klassischen Werken der Neuzeit umgegangen. Oft hat der Censor in geradezu läppischer Weise seines Amtes gewaltet. In Dresden ist der Schluß aus Dreiers Probeland, der da lautet: „Kommst Du Breußen? Dort hat jeder das verbriefte Recht, in Wort und Schrift seine Meinung frei zu äußern“, von der Censur verboten worden. (Heiterkeit.) Die Polizei mißt sich auch in die Kleiderordnungen auf großen Bühnen ein. Wir haben nichts dagegen. Nur verlangen wir, daß die Polizei dann auch auf die Hofbälle geht. (Einstimmung im Centrum.) Im Gegensatz zu dieser strengen Censur ersten Ranges gegenüber steht eine Zerkheit der Polizei den Singtänzen, Bühnen gegenüber, die geradezu verwunderlich ist. (Sehr richtig! im Centrum und links.) Ich unterbreite alles, was der Delat der philosophischen Fakultät der Berliner Universität, Prof. Ulrich Schmidt, neulich geschrieben hat. Prof. Schmidt behandelte auch die polizeiliche Censur des Cyrano de Bergerac und kam zu dem Schluß, daß es kein Wunder sei, wenn diese Censur ersten Ranges gegenüber Platz greife, während Singtänzeleien unberührt davon bleiben, weil die Censoren ihre literarische Bildung meist selbst aus den Kunststätten wie dem Wintergarten oder dem Apollo-Theater beziehen. Meine Fraktionsgenossen sind der Meinung, daß mit derartigen heillosen Polizeimiteln, wie sie § 184b vorschlägt, nichts auszurichten ist; dazu gehört eine gesunde sociale und eine gesunde kriminelle Politik. (Lebhafte Beifall links.)

Scheimrat Noie:

Mein Chef, der Herr Minister des Innern, hat neulich in einem in der „Berliner Correspondenz“ veröffentlichten Erlaß die Mißgriffe der Censur behandelt, der im wesentlichen den Standpunkt des Herrn Vorredners teilt. In dem Erlaß ist gesagt, daß die Censoren oft falsch nach beiden Seiten urteilen, Dinge ausmerzen, die ruhig bestehen bleiben könnten, und direkt unbilligen Dingen gegenüber zu lax vorgehen. Der Erlaß wird hoffentlich eine Besserung der bestehenden Verhältnisse zur Folge haben. Daß er aber absolut alle Mißgriffe verhindern wird, glauben wir nicht. Die Grenze zwischen dem, was sittlich erlaubt ist und was nicht, ist oft zu schwer zu finden. Es kommt nicht immer nur auf den Text an, sondern auch darauf, wie und wo der Text gesprochen wird. Kaustisch ist die preussische Regierung weit davon entfernt, die Theater-censur abzuschaffen. Sie will vielmehr mit Entschiedenheit daran festhalten, und die tüchtigsten Theaterleiter haben sich mit dieser Präventivcensur einverstanden erklärt, weil sie ihnen lieber ist als plötzliche Aufführungsverbote, die wegen der für das Stück notwendigen gewöhnlichen Vorbereitungen stiel materielle Verluste zur Folge haben. Die preussische Regierung hält den hier von der Kommission vorgeschlagenen Paragraphen nicht für notwendig und bittet deshalb um seine Ablehnung.

Abg. Hören (C.):

Die Strafe der Theatercensur will ich nicht verteidigen, aber die von Herrn Müller eintreten Stellen treffen auf den hier in Rede stehenden Paragraphen nicht zu. Die polizeiliche Censur ist in sittlicher Beziehung oft viel zu lax. Die deutsche Klassicität wird durch den § 184b nicht getroffen. Wenn Eudermann aber ver-schwände, ihm würde kein anständiger Mensch eine Ehre nachweihen. Die Singtänze sind eine Schule der Unzucht geworden. In den Kunstkreisen selbst macht sich dagegen schon eine Reaktion geltend. Der § 184b giebt der Polizei eine Diktatur, ich bitte Sie, ihn anzunehmen.

Staatssekretär Niederding:

Der Vertreter des preussischen Ministers des Innern hat hier erklären lassen, daß er die Theatercensur im Verordnungswege in andere Bahnen lenken will und deshalb den § 184b für überflüssig hält. Ich will hier einige juristische Ausführungen machen. Soweit unzulässige Handlungen durch diesen Paragraphen getroffen werden sollen, ist er gegenstandslos, weil § 183 des Strafgesetzbuchs solche Handlungen bereits trifft. Jeder Vorgang auf dem Theater, der als unzulässig qualifiziert werden muß, kann nach § 183 bereits bestraft werden und wird danach sogar mit einer schärferen Strafe, nämlich mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft. Nach den Kommissionsbeschlüssen würde es also dem Richter gestattet sein, solche unzulässige Handlungen auf dem Theater mit geringeren Strafen zu belegen als sonst. Zweitens will der Paragraph Schamlosigkeit, die auf dem Theater vor sich gehen, bestrafen. Es ist dabei eine Intoleranz, solche Schamlosigkeiten auf dem Theater zu bestrafen, und wenn sie sich sonst in der Öffentlichkeit abspielen, straflos zu lassen. Soweit der Paragraph sich auf unzulässige Handlungen bezieht, ist er gegenstandslos, soweit er sich auf Schamlosigkeiten bezieht, ist er unkonkret. Ich bitte Sie also, ihn abzulehnen.

Abg. Dr. Träger (fr. Sp.):

Die Ausführungen des Herrn Hören haben mich von der Notwendigkeit dieses Paragraphen nicht überzeugen können. Er hat nur allgemeine Behauptungen vorgebracht. Ich glaube nicht, daß unsere Zeit unbilliger ist als eine frühere. Wenn sich auch die Sittlichkeitsvergehen vermehrt haben, so wird doch niemand behaupten, daß all die Tausende von Verbrechern durch die Ausschüsse in Schandlöcher und dergleichen verführt worden wären. Es ist von dem Schamgefühl des normalen Menschen gesprochen worden, doch auch der Kommission ist es nicht gelungen, einen solchen normalen Menschen zu finden. (Heiterkeit.) Herr Hören behauptete, daß niemand daran denke, unsere Klassiker wie Goethe, Schiller und Shakespeare durch diesen Paragraphen zu treffen. Er hat damit nur bewiesen, daß die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, auch gegen die Werke dieser Klassiker auf Grund des Paragraphen vorzugehen. Auch heute werden ja schon alle Stücke von der Censur geprüft und die Generalprobe polizeilich überwacht. Herr Hören meinte, wenn die Stücke von Eudermann verboten würden, so würde ihnen keine Ehre nachweihen. Wenn ein so hervorragender Mann wie Herr Hören ein solches Urteil über einen unserer bedeutendsten Dramatiker abgibt, wie werden da erst die Richter urteilen? (Sehr richtig! links.) Wir thun der Kunst einen Gefallen, wenn wir derartige schändliche Bestimmungen ablehnen. Wie soll übrigens vor Gericht festgestellt werden, ob z. B. eine Chansonnette ein Lied in besonders herausforderndem Ton gerungen hat? Die Zeugen werden ganz verächtlich ansäugen, was dem einen zu lang ist, in dem andern noch zu kurz, und es wird nichts anderes übrig bleiben, als daß die Sängerin vor Gericht das Lied vorsingt (Heiterkeit). Uebrigens müssen wir auch daran denken, daß es Streber und Quasler unter den Richtern genug giebt und gerade auf diesem Gebiete macht sich eine gefährliche Heuchelei heutzutage besonders bemerkbar. Sorgen Sie dafür, daß diese Heuchelei nicht gefördert wird. (Lebhafte Bravo links.)

Abg. Mintzen (C) [auf der Tribüne schwer verständlich]

kann nicht angeben, daß der § 184b überflüssig ist. Es sollen eben nicht nur direkt unzulässige und schamlose Handlungen geahndet werden, sondern auch solche, die Vergernis erzeugen. Der Begriff des Vergernisüberzeugend ist kein neuer Begriff, sondern den Richtern durchaus bekannt.

Hieraus wird die Diskussion durch die Annahme eines Schlußantrags geschlossen.

§ 184b wird gegen die Stimmen der gesamten Linken angenommen.

Ein sozialdemokratischer Antrag, der durch einen Zusatz zu § 184 die Kauterierung und Lokalisierung der Prostitution unmöglich machen will, wird zurückgezogen.

Abg. Nebel (Zoc)

erklärt, daß sich seine Freunde vorbehalten, auf den Antrag bei der dritten Lesung zurückzukommen.

Ohne weitere Debatte wird der Rest der Vorlage nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen.

Die Petitionen und Resolutionen werden erst bei der dritten Lesung beraten werden.

Hierauf verläßt sich das Haus.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Erste Beratung der Plattenvorlage.) Schluß 3 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

18. Sitzung vom 7. Februar, 11 Uhr.

Am Ministertisch: Graf v. Helldorf. Die zweite Staatsberatung wird bei der Handels- und Gewerbeverwaltung fortgesetzt.

Ueber den Anfang der Beratung, die nichts von Belang bringt, verläßt das Haus im politischen Teil des Plattes.

Beim Kapitel „Handels- und Gewerbeverwaltung“ bespricht

Abg. Goldschmidt (fr. Sp.):

die Neuregelung der Gewerbe-Inspektion. Es sei ganz unbedenklich, den Dampfessel-Revisions-Bereinen die Revision aller Dampfessel zu übertragen. Das werde zu einer Entlastung der Gewerbe-Inspektion und damit indirekt zu einer Verminderung der immer mehr anwachsenden Zahl der schweren Unfälle führen. Hoffentlich werde es jetzt möglich sein, wenigstens alle zwei Jahre jeden Betrieb einmal zu revidieren. Die Fabrikinspektoren-Berichte sollten allen Abgeordneten zugänglich gemacht werden. Auch empfehle sich eine billige Volksausgabe der Berichte. Aus den Berichten ergebe sich die wachsende Anziehung jugendlicher und weiblicher Arbeiter, die häufige Uebertretung der Schutzbefehle durch die Unternehmer und ihre zu milde Bestrafung. Der Wunsch des Abg. Vöttinger, beim Erlaß der Unfallversicherungs-Vorschriften den Unternehmern mehr entgegenzukommen, sei sehr bedenklich. Gerade die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften machten wenig Miene, die von den Behörden erlassenen Unfallversicherungs-Vorschriften auch durchzuführen. Erfreulich sei das Vertrauen, das die Unternehmer und Arbeiter im allgemeinen den Fabrikinspektoren entgegenbrächten. Selbstverständlich hielten die Inspektoren die Namen der Verstoßende führenden Arbeiter geheim. Leider aber konstatierten die Berichte aus Wiesbaden und Erfurt, daß die Arbeiter noch immer Furcht empfänden, von den Unternehmern gemohregelt zu werden, wenn sie sich an den Fabrikinspektor wendeten. Die gewerkschaftlichen Organisationen seien ein Friedensinstitut, das würde von nicht-preussischen Fabrikinspektoren konstatiert. Die Arbeitgeber sollten sich daran gewöhnen, in den Arbeiterorganisationen nicht ihre speziellen Gegner zu sehen. Dann würde es möglich sein, die Streiks durch friedliche Vereinbarungen zu erledigen. Leider fänden die Arbeiter, wenn sie gefolgt seien, ein Einfangsamt anzurufen, zuweilen wenig Entgegenkommen bei den Behörden und werden von Pontius zu Pilatus geschickt. Hier sollte der Minister seinen Einfluß im Interesse des sozialen Friedens geltend machen. (Beifall links.)

Abg. Dr. Dirck (fr. Sp.)

fordert ein Reichs-Arbeitsamt als Centralstelle für die Gewerbe-Inspektion. Mindestens müßten die Gewerbe-Aufsichtsbeamten wenigstens einmal jährlich zu einer größeren Versammlung zusammenzutreten, wo sie über die Grundzüge ihrer Aufsichtsführung und über die Beteiligung der selbstständigen Hilfskräfte beraten könnten. In manchen Berichten sei eine ablehnende Stellung den Arbeitern gegenüber angenommen; besonders in Hinblick auf die so wichtigen Arbeiterverbände. Ueber die Tätigkeit der sogenannten Hilfs-Dunderischen Gewerbevereine siehe in den ganzen Berichten kein Wort. Das sei eine offene Berufslangsamkeit der Berichte. Redner begrüßt die im Etat vorgesehene veränderte Anstellung zweier weiblicher Hilfskräfte für die Fabrikinspektion als heilsamer Anfang in der Erfüllung aller Wünsche. Gerade da es sich um einen Versuch handle, müsse mit besonderer Vorliebe bei der Auswahl dieser Hilfskräfte vorgegangen werden. Wenn der Versuch gelinge, werde man hoffentlich auch in anderen Bezirken weibliche Fabrikinspektoren anstellen.

Die Diskussion wird geschlossen und das Kapitel bewilligt.

Die Weiterberatung wird hierauf auf Donnerstag 11 Uhr vertagt. — Schluß 4 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

In der Unfallversicherungs-Kommission

begann die Beratung am Mittwoch bei dem § 7b. Hiernach kann auf Grund konstitutiver Bestimmungen der Berufsgenossenschaften der Vorstand derselben einen Rentenempfänger auf seinen Antrag an Stelle der Rente Aufnahme in ein Invalidenhaus u. v. auf Kosten der Berufsgenossenschaften gewähren. Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Unterbringung in ein Invalidenhaus nicht an Stelle der ganzen Rente, sondern nur eines Teiles der Rente, der 300 M. nicht übersteigt, treten soll und daß für diese Zeit, die der Verletzte in dem Invalidenhaus zubringt, den Angehörigen des Verletzenden ein Anspruch auf Rente insoweit zusteht, als sie im Fall seines Todes würden beanspruchen können. Mit diesem Antrag soll für die Kamille des Verletzten gesorgt werden; trotzdem wird er abgelehnt. Der im Invalidenhaus Aufgenommene ist dem Regierungsentwurf gemäß auf ein Vierteljahr und wenn er die Erklärung nicht einen Monat vor Ablauf dieses Zeitraums zurücknimmt, jedesmal auf ein weiteres Vierteljahr an den Verzicht auf die Rente gebunden. Die Sozialdemokraten verlangen, daß der Verletzte jährlich wegen seines weiteren Verbleibens in der Anstalt befragt werden soll, damit eine Ueberrumpfung unmöglich ist. Auch dieser Antrag erlangte die Mehrheit nicht.

Die Konservativen und National-Liberalen beantragten, daß durch ständtliche Bestimmung einer Gemeinde oder eines weiteren kommunalen Bezirks solcher Personen, denen wegen gewohnheitsmäßiger Trunksucht auf Anordnung der zuständigen Behörde geistige Getränke in öffentlichen Schankstätten nicht verabreicht werden dürfen, die Rente oder ein Teil derselben in Naturalleistungen gewährt werden solle. Begründet wird dieser Antrag mit dem Hinweis darauf, daß es Fälle geben kann, in denen ein Arbeiter die ganze Rente „verkauft“ und die Familie hungern läßt. Die Sozialdemokraten weisen darauf hin, daß in den Penitenzgefängnissen Offiziere u. v. eine derartige Bestimmung sich nicht findet, obgleich es auch hier gewöhnlich veremagte Fälle wie diejenigen, die zur Begründung des Antrags herangezogen sind, giebt. Der vorliegende Antrag sei daher eine Ausnahmestimmung gegen die Arbeiter, ohne daß der mindeste Beweis für die Notwendigkeit einer solchen Bestimmung erbracht werde. Hierzu komme noch, daß mitunter Personen ohne genügenden Grund auf die Anstalt verbracht werden. Entscheidend aber sei, daß die hier vorgesehene Maßnahme bereits jetzt der Armenverwaltung zusteht. Weckhalb also eine solche Ausnahmestimmung? Der Abgeordnete Stadthagen empfiehlt denjenigen Herren, welche den Antrag annehmen geneigt sind,

lieber offen und ehrlich auszusprechen, daß der Rentenempfänger jederzeit ins Armenhaus gesteckt werden und zu Zwangsarbeiten angehalten werden kann. Trotzdem wird der Antrag mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen; also auch die Penitenzgefängnisse stimmen für denselben.

Die Träger der Unfallversicherung sollen nach wie vor die Berufsgenossenschaften sein. Die Sozialdemokraten weisen auf ihre bisherige prinzipielle Bestimmung hin, nach der sie eine Organisation sind, wie sie in dem Gesetzentwurf betreffend die Arbeitsämter und Arbeitsämtern präzipiert sind. Da aber ein derartiger Antrag für jetzt noch ausföhrlos erscheint, beantragen sie sich mit der Erneuerung jenes Vorschlages, der im Jahre 1894 vom Reichstag des Innern gemacht worden ist, daß nämlich neben den bestehenden Berufsgenossenschaften lokale Organisationen, sogenannte Unfallversicherungs-Genossenschaften gegründet werden. Durch diese Organisationen werde es möglich sein, alle diejenigen Betriebe, welche bis jetzt der Versicherungspflicht noch nicht unterstellt waren, in die Versicherung hineinzuziehen. Trotzdem wird der Antrag abgelehnt.

Abg. Schmidt-Eberfeld (fr. Sp.) empfiehlt, die Kosten für die Unfallversicherung statt durch das bisherige Umlageverfahren durch das Kapitaldeckungsverfahren aufzubringen. Es soll also nicht in jedem Jahre der Betrag der fälligen Renten, sondern das ganze Kapital für die neu einkommenden Renten aufgebracht werden. Durch diese Änderung würde schließlich eine Verringerung der Unkosten für den einzelnen Internehmer erzielt werden.

Diese Angelegenheit wird verlag, damit die Kommissionsmitglieder sich mit dieser Frage vertraut machen können.

Nächste Sitzung Donnerstag.

Partei-Nachrichten.

Peter Lawroff ist am Dienstag in Paris infolge eines Schlaganfalls, den er vor kurzer Zeit erlitt, gestorben. Lawroff, der am 14. Juni 1823 als Sohn einer höheren russischen Adelsfamilie geboren wurde, gehörte zu den bedeutendsten Vertretern des internationalen Sozialismus. Er genoss eine militärische Erziehung und wurde Lehrer für höhere Mathematik an der staatlichen Artillerieakademie und später Dozent an der Petersburger Artillerieakademie. Seine Studien führten ihn auf das Gebiet der Kulturgeschichte und da er schließlich mit hervorragenden Vertretern des revolutionären Sozialismus in Kontakt in Berührung kam, bekannte er sich bald gleichfalls zum Sozialismus. Für seine literarische Tätigkeit wurde er administrativ verschickt und mußte drei Jahre in Sibirien schmachten, worauf es ihm mit Hilfe von Freunden gelang, zu entfliehen. Während der Kommune lebte er in Paris, leitete dann in der Schweiz russische sozialdemokratische Zeitungen. Jetzt lebte er seit Jahren wieder in Paris. Er hat auch einige größere wissenschaftliche Werke verfaßt.

Politikalisches, Gerichtliches u. v.

— Eine Hausdurchsuchung fand am Dienstag in der Redaktion der Reichs-Tribüne in Erfurt statt. Gesucht wurde das Manuskript eines Artikels, der am 19. Oktober v. J. im genannten Blatte erschienen ist. Gefunden wurde natürlich nichts.

— Mit den Zuständen in der Verwaltung der Stadt Ruhl hatte sich das „Vollblatt für Coburg und Gotha“ im vorigen Jahr in einer Anzahl Artikel beschäftigt und dabei den Bürgermeister dieser Stadt etwas hart angefaßt. Der verantwortliche Redakteur Genosse Joos sowie der mutmaßliche Verfasser Schupmachers Seehofer in Ruhl, wurden deshalb wegen Verleumdung unter Anklage gestellt und am Dienstag vom Landgericht Gotha jeder der Angeklagten zu einem Monat Gefängnis verurteilt. —

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

In der Lohnbewegung der Eisener (Tischler). Ueber den weiteren Verlauf der Lohnbewegung der Eisener kann mitgeteilt werden; daß jetzt 152 Meister bewilligt haben und zwar 140 durch Unterschrift. Es arbeiten zu den neuen Bedingungen ca. 700 Arbeiter und wenn die übrigen, die bis jetzt noch nicht ihre Schuldigkeit getan haben, es energisch nachholen, so müssen die wenigen Meister, die noch zurückbleiben, bald nachgeben. Vor allen Dingen ist es notwendig, daß die Kollegen das Umschalten aufgeben und den gemeinsamen Arbeitsnachweis beider Vereine benutzen. Nur dort werden auch die Arbeitsberechtigungskarten ausgegeben. Alle Zustchriften sind an Kurlowsh, Berlin, Alte Jakobstraße 75, Telefon Amt I 5108 zu richten. Die Streikkommission.

Tapetierer! Wir fordern alle Kollegen, die als Arbeiter arbeiten, oder in deren Verhältnissen als Arbeiter auf Accord gemacht werden, auf, die heute Abend stattfindende öffentliche Versammlung zu besuchen, da ausnahmsweise die Beschlüsse, die dort gefaßt werden, in Bezug auf die Durchführung des Streiks, Einführung von Arbeiter-Berechtigungskarten, Lohnkommission u. dgl. auch für die Mitglieder des Verbandes bindend sind, soweit es Kollegen betrifft, die in dieser Branche beschäftigt sind. Alle Verbandsmitglieder der Arbeiter-Berechtigungskarten sind verpflichtet, den Tarif an dem heute Abend zu bestimmenden Tag vorzulegen und alle Mitteilungen in dieser Beziehung an das Bureau der gemeinschaftlichen Lohnkommission gelangen zu lassen. Letzteres wird bekannt gemacht. Die Agitationskommission des Verbandes. Leo Schmidt, Obmann.

Achtung, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen! Bei der Firma Rische, Bismarckstr. 22, ist der Vermittlungsversuch schlagend gescheitert, da es Herr Rische ablehnte, mit den Ausständigen zu verhandeln und seinen der Streikenden wieder einstellen will. Die Ausständigen sind bis auf 2 Personen bereits anderweitig in Arbeit getreten. Der von einer Versammlung der Hilfsarbeiter gefaßte Beschluß über die Firma Rische bis auf weiteres die Sperre zu verhängen, bleibt nach wie vor bestehen und ersuchen wir die Kollegen diesen Beschluß strikte durchzuführen. Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß am 11. Februar, mittags 12 Uhr, im Lokal des Herrn Lange, Dragonerstr. 15, die Provinzialkonferenz der Zahlstellen Brandenburgs und Vorpommerns zusammentritt. Verband der Schuhmacher.

Deutsches Reich.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Ruhlau (Sachsen) siegte in der Klasse der Arbeitnehmer die Liste der Gewerkschaften, in der Klasse der Arbeitgeber drang einer unreiner Kandidaten durch.

In der Maschinenfabrik von Speyer u. Sohn in Darmen ist der Ausstand schnell beendet, den Arbeitern wurden die verlangten 25 Proz. Lohnaufschlag für Ueberstunden und 50 Proz. für Sonntagsarbeit bewilligt.

Der Ausstand der Vergleite im Warmbier (Köln) ist im weiteren Stadium begriffen. Die Vereinigungsgesellschaft hat den in Arbeit gebliebenen Arbeitern eine Geldprämie versprochen und will am 1. April eine Lohnerhöhung eintreten lassen.

Ausland.

Die englischen Gewerkschaften im Jahre 1898. Vor kurzem ist vom Arbeitsamt der Reichs-Tribüne die Vereinigungsgesellschaft hat den in Arbeit gebliebenen Arbeitern eine Geldprämie versprochen und will am 1. April eine Lohnerhöhung eintreten lassen.

Aus dem Hauptbericht ergibt sich, daß zu Anfang 1898 auf der Liste des Arbeitsamtes 1307 Gewerkschaften mit 1 611 354 Mitgliedern standen. Während des Jahres wurden 35 neue Gewerkschaften mit 68 102 Mitgliedern gegründet, 56 Gewerkschaften, welche Ende 1897 eine Mitgliederzahl von 18 278 hatten, lösten sich auf.

Die Anzahl der Gewerkschaften, jedoch nicht die Gesamtzahl der Mitglieder wurde auch dadurch verringert, daß 19 Zweig-Gewerkschaften in den größeren Verbänden der betreffenden Gewerke aufgingen. Die Gesamtzahl der Ende 1898 auf der Liste befindlichen Gewerkschaften war daher 1267, deren Mitgliederzahl 1 644 591 be-

trag. Von der Gesamtzahl der Gewerkschaften, welche Ende 1898 bestanden, waren 594 mit 1.284.635 Mitgliedern nach dem Gewerkschaftsgesetz eingetragen, während 673 Gewerkschaften mit 100.956 Mitgliedern nicht eingetragen waren. Es gehören also Dreiviertel der Mitgliederzahl aller Verbände zu den eingetragenen Vereinen.

Die hundert bedeutendsten Gewerkschaften, welche zur Untersuchung ausgewählt wurden, weisen 1.043.476 Mitglieder auf, oder mehr als 83 Proz. der Mitgliederzahl aller Gewerkschaften. Auf die verbleibenden 1167 Gewerkschaften entfallen nur 37 Proz. Die Größe und allgemeine finanzielle Lage dieser 100 Gewerkschaften für einen Zeitraum von sieben Jahren enthält vergleichsweise folgende Tabelle:

Jahr	Einnahme	Ausgabe	Kassenbestand am Jahreschluss	Stand der Mitgliederzahl am Jahreschluss
1892	20 194 290	28 423 380	32 336 000	908 648
1893	32 305 960	37 099 980	27 631 980	914 311
1894	32 644 860	28 716 080	31 560 700	928 105
1895	31 199 290	27 838 160	34 929 880	917 950
1896	33 510 700	24 714 400	43 717 180	964 809
1897	39 625 020	37 961 900	45 380 300	1 065 910
1898	38 306 100	29 793 420	53 895 980	1 013 476

Die Gesamtausgaben stehen in den 7 Jahren in folgendem Verhältnis zu einander:

Gesamtausgaben von 1892 bis 1898 für	Betrag	Prozentfuß vom Ganzen
Streifenunterstützung	49 460 720	23
Unterstützung Arbeitsloser etc.	127 172 180	59
Verwaltungsausgaben etc.	37 914 320	18
Zusammen	214 547 320	100

Es sind also von der während eines Zeitraums von sieben Jahren ausgegebenen Summe von über 214 Millionen Mark 59 Proz. für Arbeitslosenunterstützung usw., 23 Proz. für Streifenunterstützung und 18 Proz. für Verwaltung und Zwecke verschiedener Art veranschlagt. Im Jahre 1898 betrug der für Streifenunterstützung ausgegebene Prozentsatz 21,2 und blieb somit etwas unter dem Durchschnittsbetrag der sieben Jahre.

Der durchschnittliche Jahresbeitrag eines Mitgliedes aller 100 Verbände betrug 1898 33,16 M., obgleich bei 12 Gewerkschaften mit einer Mitgliederzahl von 192.372 der Mitgliedsbeitrag über 60 M. pro Jahr betrug.

Was den Kassenbestand anbelangt, so zeigen die Abrechnungen der 100 Gewerkschaften die größte Gesamtsumme, über welche dies jetzt berichtet wurde. Der Durchschnittsbetrag des Kassenbestands pro Mitglied war Ende 1898: 33,64 M.; seit 1893 war dieser Betrag fortwährend gestiegen. Er betrug im letzteren Jahre nur 30,22 M. Der Kassenbestand einer Gewerkschaft (der Baumwollspinner) betrug nicht weniger als 312,75 M. pro Mitglied.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 6-8 Uhr abends statt.

M. H. 91. Hinreichende Erziehungsanstalten, in denen nicht verwaiste Kinder über 6 Jahre unentgeltlich oder gegen geringes Entgelt aufgenommen werden, besitzt die Stadt Berlin nicht. Von den Privatanstalten haben die meisten einen höchst unzulänglichen Anlauf und stellen das grösste Prozent des besondern verwaisteten Mädchen. Von diesen Erziehungsanstalten befindet sich mit Erziehung von Knaben und Mädchen: das Elisabeth-Stift, Pantow, Schönholzerstr. 4 (nimmt 24 evangelische Knaben und Mädchen gegen monatlich 6-9 M. und bei 8 Freiwilligen auf), das evangelische Johannes-Stift in Köpenick, Süd-Ufer (verlangt 30 M. monatlich, nimmt etwa 120 Knaben, 50 Mädchen über und 30 Kinder unter 6 Jahren auf, das Friedrichs-Stift in Steglitz, Wirtshausstr. 8 (nimmt 100 Soldatenkinder unentgeltlich auf), das Kinder-Heim der französischen Gemeinde, Friedrichs-Str. 129 (nimmt ca. 120 Kinder bedürftiger, von Neujahr ab abnehmender Eltern auf), die Rudolph-Wilhelms Erziehungsanstalt in Wilmersdorf (nimmt 100 bedürftige Kinder der „gebildeten Stände“ vom 6. bis 16. Lebensjahr unentgeltlich auf, die Waisen-Anstalt, Waisenstr. 7/8 (nimmt 110 Kinder im Alter von 6 bis 17 Jahren unentgeltlich auf), nur Mädchen nimmt auf: die Kinderpflege und Erziehungsanstalt „Jugendheim“, Schönberg, Waisenstr. 19/20 (100 Mädchen gegen monatlich 9-15 M.), die Waisen- und Waisin-Stiftung, Prenzlauerstr. 43 (unentgeltliche Aufnahme von Mädchen evangelischer Eltern, die wenigstens 3 Jahre in Berlin ortsbekannt sind). Eine Pflicht zur Aufnahme Ihres Kindes hat ferns dieser Institute.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Donnerstag, 8. Februar.

Opernhaus. Kathold König Drosselbart. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Die Dutzend. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Schuld und Jank. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leffing. Als ich wiederkam... Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Der goldene Käfig. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Rache Kunst. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Freudvoll und leidvoll. Anfang 8 Uhr.
Werten. Der Freischütz. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Im Himmelhof. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reitens. Die Dame von Maxau. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luise. Wälder. Anfang 8 Uhr.
Central. Die kleine Excellenz. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Beck. Die Jagd nach dem Glück oder: Die Diebin. Anfang 8 Uhr.
Victoria. Berliner Bilder. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmstädisches. Ein gelunder Junge. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitätenvorstellung. Die verheiratete Welt. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Im Reiche des Indra. Anfang 7 1/2 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Der seltsame Zwiabelmann. Anfang 6 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte.
Zandstraße 48/49. Abends 8 Uhr: „Von den Alpen zum Vesuv“.

Urania

Taubenstrasse 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
„Von den Alpen zum Vesuv“.
Hörsaal:
Dr. Spies: „Elektrisches Kochen und Heizen“.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 8-10 Uhr.

Passage-Panopticum.

Geöffnet
9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.
Anatomisches Museum
Dienstags für Damen.
Passage-Theater:
Der Haarathlet Sascha
und 15 ersteklassige Debuts
Vorstellung 7-10 1/2 Uhr.

CASTANS PANOPTICUM

Neu! Neu! Neu!
Ein Riese
der englischen Armees
Sergeant Th. Dalroy
2 m 30 cm hoch!
Oberbayerische Sänger
und
Schuhplattler-Gesellschaft.

Thalia-Theater.

Tel. Amt IVa 8440. Dresdenstr. 72/73.
Täglich:
Noch nie dagewesener Poffen-
Erfolg!
Im Himmelhof.
Thomas, Thiescher, Helmerding,
Junfermann, Paulmüller.
Anfang 7 1/2 Uhr
Morgen und folgende Tage: Im
Himmelhof.

Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstr. 132.
Novität!
Die Jagd nach dem Glück
oder: **Die Diebin.**
Realistisches Lustspiel mit Gesp.
in 7 Bildern von Carl Beck. Musik
von E. Hill. Anfang 8 Uhr
Sorgfältigste dabei Gattigkeit.
Im Tunnel u. 7 Uhr ab Freikonzert.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonnabendnachmittag 4 Uhr: Kinder-
vorstellung. Nachmittags. Märchen-
spiel mit Gesp. und Tanz in sechs
Bildern von Bild Lang. H. Frick.

Palast-Theater

früher Feon-Palast, Burgstr. 22
Großer Erfolg des neuen
Februar-Programms.
Erfolgreiche Spezialitäten.
Neu! Neu! Neu!
Kriegsschauplatz in Transvaal.
Um 8 1/2 Uhr! Novität! Großer Erfolg!
Direktor Rich. Winkler u. W. Fröbel
in derartigsten Kostümen-Burleske:
Der seltsame Zwiabelmann.
Anf. 7 1/2 Uhr. Vorverkauf 11-1 Uhr.
Sonnabend nach der Vorstellung
Tanz.
Mittwoch, den 21. Februar: Benefiz
für die beliebte Gaudette Helene
Voss. Einmalige Aufführung „Im
weisen Rokal“.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.
Heute Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
Balletttruppe.
Zieh die liebe Hanne.
Präsident Krüger.
Raus der Solree:
Tanzkränzchen.
Freitag und Sonnabend:
Keine Solree.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Freudvoll und leidvoll.
Vollständ. mit Gesp. in 4 Aufzügen
von Louis Herrmann. Musik von
G. Strauß.
Freitag, abends 8 Uhr:
Suis asenmale: **Fröschweiler.**
Schauspiel in 4 Akten
von G. v. Benzel und Fred. Kamel.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Fröschweiler.

Central-Theater

Direktion: José Ferenczy.
Die kleine Excellenz.
Operette in drei Akten von Richard
Geney.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Morgen und folgende Tage: Die
kleine Excellenz.
Sonnabendnachmittag 3 Uhr zu halben
Preisen: **Der Bettelstudent.**
Operette von C. Rindler.

Metropol-Theater

Böhrenstrasse 55/57.
Sonnabend neues Februar-
Spezialitäten-Programm.
Mlle. Sidley. Miss Dejo.
Les Arbras. Les Vincentina.
Allison-Truppe.
Litke Carlsen.
Um 9 Uhr 30 Minuten
Die verkehrte Welt
mit der schönsten Truppe. Revue.
Anfang an Wochentagen um 8, an
Sonn- und Festtagen 7 1/2 Uhr abends.

**Linde* gibt dem Kaffee nicht nur eine schöne Farbe,
Essenz sondern auch einen exquisiten Geschmack.**

Freie Volksbühne.
Sonnabendnachmittag 2 1/2 Uhr: 3. Abteilung im Lessing-
Theater: **Rosmersholm.**
1. Abteilung im Carl Weiss-Theater:
*** * Hamlet. * ***
Trauerspiel von William Shakespeare.
Mitwirkende Gäste: Hamlet: Herr Christians vom
Königl. Schauspielhaus a. G. Polonius: Herr Gustav
Kober a. G.
Die Vorstellungen folgen an den folgenden Sonntagen.
Heine-Abend.
Sonnabend, den 17. März, in der Brauerei Friedrichshals.
Vortrag über Helms Gedichte und Lieder, Recitation und Gesangs-
vorträge, Kammermusik etc.
Fastmarken nur für Mitglieder sind in allen Zahlstellen
vom 15. Februar ab erhältlich.
228/11
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

W. Noacks Theater,

Brunnenstraße 16.
Goldene Berge.
Rebendbild mit Gesp. in 3 Akten
(5 Bilder) von Willem und Jacobsohn.
Musik von Richard.
Jeden Sonntag, Dienstag und
Donnerstag nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

Reichshallen.

Täglich: **Stettiner Sänger**
Anfang:
Borntags 8 Uhr.
Sonntags 7 1/2 Uhr.
Entree 50 Pfennig.
Vorverkauf 40 Pf.

Großartiges Programm!

Natur-Heilverfahren.

Haut-, Horn- u. Wasserteiden.
Frauen-Krankheit, heilt sicher
ohne Vernichtung. (3444)
R. Wagner, 9-23-9, 21-9-2

Max Kliems Fest-Säle,

Hasenheide 13, 14, 15.
In neuen Reisaal, Eingang Hasenheide 13, jeden Sonntag: **Gr.
Instrumental-Konzert.** Anfang 6 Uhr. Entree 30 Pf., Vorverkauf
25 Pf. - Nach dem Konzert **Tanzkränzchen!** - In den Rr. 14 und
15 belagene Sälen jeden Sonntag: **Grosser Ball!** Anfang 4 Uhr,
Ende 2 Uhr. - Empfehlung meine gelauten Säle Vereinen und Gesellschaften
zu Serenierungen und Festlichkeiten. - Die Osterfeiertage sind nach zu
Ratines zu vergeben. (3449)
Max Kliem.

Wein

zum Ausschank sehr geeignet!
süss, rot, wie Portwein,
ausgezeichnet im Geschmack.
garantiert rein, 10 Ltr. M. 7,-, 100 Ltr. 65,-, Oxhoft M. 120,-
Berlin SW.,
Eugen Neumann & Co., Hollmannstr. 16. Amt IV. 9676.

MAGGI
5 10 12 16 25
für 5 Pfg. für 10 Pfg. für 12 Pfg. für 16 Pfg. für 25 Pfg.
frühstück Suppe. 2 Portionen vorzüglicher Suppe. 2 Portionen vorzüglicher Fleischbrühe. 2 Portionen vorzüglicher Kräuterrühe. 2 Portionen vorzüglicher Nudeln zum Würzen.
DIE GUTE SPARSAME KÜCHE
Zu haben in allen Delikatess- u. Kolonialwaren-Geschäften und Drogerien.

Apollo-Theater.

Um 9 Uhr abends:
Im Reiche des Indra.
Eine Fahrt durch die indischen
Wundergärten.
Um 1 1/2 Uhr: **La Fagette.**
Schwestern Serial. Dell Oro.
Acquarivino.
Hill u. Hall. Diamantina.
Ephraim Thompson, Dagmar Hansen
etc. etc. etc.
Der Kosmograph. neueste
Aufnahmen aus dem Transvaal-
kriege.
Anfang 1/8 Uhr.
Vorverkauf im Theater von 10
bis 1 Uhr, sowie im Invalidendank
u. Künstlortdank.

Schultze,

Wasserthor-Str. 1/2.
Behandlung aller Haut-, Wunden-
und Harnleiden ohne Berufs-
förderung. 3575L*
Sprechstunden 9-2, 5-9.
Bei Soreigung der
Verbandsarten 10 Proz.

Möbelstoffe!!

auch Reife! alle Qual. selten billig!
Gelegenheitsverkauf:
Mocquett-Plüsch 5,35 M.
per Meter (100 cm breit). (3524)
Mutter B. naberer Angabe franco.
Berlin S.,
Emil Lefevre, Cranienstr. 158.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verein.**

Den Mitgliedern zur Mitteilung,
dass der Kollege, Tischler
Wilh. Schweitzer
verstorben ist. 77/9
Die Beerdigung findet Freitag,
nachmittag 4 1/2 Uhr von der Beisetz-
halle des Heilig-Kreuzkirchhofes in
Mariendorf, Feldstraße, aus statt.
Die Erbsverwaltung.

Wilh. Schweiger.

Nach kurzem Krankenlager verstarb
unser treuer Kollege (3274b)
Wir betrauern in dem Dahin-
geschiedenen einen thätigen Verbands-
kollegen.
Die Kollegen der Werkstatt
von Gebr. Faust.
Die Beerdigung findet am Freitag,
nachmittag 4 1/2 Uhr von der Beisetz-
halle des Heilig-Kreuzkirchhofes in
Mariendorf, Feldstraße, aus statt.

Dankagung.

Allen Verwandten und Bekannten
sowie den Kollegen des Firma Kubner
u. Künze, denen des Holzarbeiter-
Verbandes, den Genossen des 6. Wahl-
kreises und dem Gesangsverein Raabier
Viederfranz für die bei der Beerdigung
meines lieben Mannes und Beters
erwiesene Teilnahme sagen wir unsern
herzlichsten Dank. 3093L
Witwe Neyer und Kind.

Falbe,

44, Elsasserstr. 44.
Behandlung aller Haut- u.
Harnleiden ohne Berufs-
förderung. Sprechst. 9 morg. bis 9 abends.
Sonntag u. Donnerstags 9-3.
Bei Soreigung der Verbands-
arten 10 Proz. 3454L*

Masken-Kostüme

empfiehlt (35532*)
Karl Ernst,
Köpnickerstr. 126, I.
Vorzeige dieser Annonce
etc. 10 Proz. Preisermäßigung.

Gr. Berliner Centralküche

Eröffnung
Donnerstag, den 8. Februar cr.
Probeerkeilung
von Erbsen, Kartoffeln und Schweinefleisch.

Die Wagen
durchfahren von 1/11 Uhr vormittags ab:
1. Gothenius, Dietrich, Frankfurter, Kopen, Frucht, Müder-
dorfer, Rindgängerstraße.
2. Scharnhoff, Friedrichselder, Münchberger, Kopen, Vange,
Frucht, Wälder, Appeler, Sorauer, Wälder, Wälder,
Köpenstraße.
3. Pringen-Alte, Bellermann, Grünholzer, Stettiner, Pant,
Weien, Köppler, Gerich, Kolberger, Selter, Hemi, Pody,
Neue Doh, Dohlfelder, Schulzenborfer, Scheringstraße.
4. Braun, Emsenländer, Kanker, Wälder, Koping,
Brunnen, Soltas, Aders, Hühner, Jodmunder, Straßauer,
Demmler, Bernauer, Wolgasterstraße.
5. Serefelder, Dauter, Schlemmer, Hammerstraße, Pappel-Allee,
Gersowalder, Armmener, Wollner, Rabelsberger, Ruppiner,
Hühnerberger, Schewter, Griebener, Jodmunder, Hebe-
bellner, Tempiner, Christian, Vottum, Straßburger,
Neuer, Belfater, Diebenschener, Kule, Wälder, Trestow,
Hagenauer, Frankel, Wälderstraße.
Die Wagen werden durch ein Königes 140/10

Trompetensignal (d h g)

angewendet.
Die Einrichtung der Centralküche kann täglich besichtigt werden.
Hochachtungsvoll
L. Höhnke,
Greliswalderstraße 71.

Lokales.

Freie Volkshöhle. Die Vorstellung der 3. Abteilung findet Sonntagmorgen 2 1/4 Uhr im Lessing-Theater statt. „Nochmerd-holt“ gelangt zur Aufführung. — Die 7. Serie der Vorstellungen im Carl Weiß-Theater beginnt für die erste Abteilung am Sonntag, den 11. Februar, 2 1/4 Uhr. Aufgeführt wird unter Mitwirkung des Herrn Christians vom Königl. Schauspielhaus und des Herrn Gustav Kober als Gast: Hamlet, Trauerspiel von William Shakespeare. Die Vorstellungen folgen am 18. und 25. Februar, am 4., 11. und 18. März.

Herr Dr. Freund und die Scharmacher.

Die Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Berlin hat für den Neubau der Heilstätte in Veerlig bestimmte Bedingungen für die Arbeitslöhne und die Arbeitsdauer aufgestellt. Die Vertrauenskommission des Verbandes Berliner Metallindustrieller hat darauf eine auch von uns mitgeteilte Erklärung erlassen, daß sie sich diesen Bedingungen, die die sozialdemokratischen Forderungen auf Normal-Arbeitszeit und Löhnhöhe indirekt unterliegen, nicht unterwerfen. Hieran antwortet jetzt der Vorsitzende der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Berlin, Dr. Freund, in der „Sozialen Praxis“: 1. Die fraglichen Submissionsbedingungen seien seit Juli 1898, also bereits seit 1 1/2 Jahren in Kraft und in Anwendung; alle Unternehmer hätten sich bis jetzt anstandslos diesen Bedingungen gefügt und die mit dieser Maßnahme gemachten Erfahrungen seien die denkbar besten. 2. Es würden lediglich Angaben über die dem Angebot zu Grunde liegenden Arbeitslöhne und Zeiten verlangt; die Unternehmer würden keineswegs von vornherein verpflichtet, bestimmte Lohnsätze zu zahlen, sondern sie sollten lediglich angeben, welche Lohnsätze sie ihrer Kalkulation zu Grunde gelegt hätten. Die Landesversicherungsanstalt Berlin schreibt nur sogenannte beschränkte Submissionen unter einer bestimmten Anzahl ausgewählter und als besonders tüchtig bekannter Unternehmer aus, und der Vorstand der Landes-Versicherungsanstalt sei auf Grund eines von den Organen der Anstalt gefaßten einstimmigen Beschlusses nicht an das Mindestgebot gebunden, sondern in der Verteilung des Zuschlags völlig frei, so daß unter Umständen, wie dies auch schon geschehen sei, dem Höchsthfordernden der Zuschlag erteilt werden könne. Bei der Würdigung aller für den Zuschlag maßgebenden Verhältnisse sollten auch die Lohnsätze und die Arbeitszeit in Betracht gezogen werden, und aus diesem Grunde war die erwähnte Submissionsbedingung notwendig. 3. Die Landes-Versicherungsanstalt Berlin, als eine Institution, der die Aufgabe zugefallen sei, große sozialpolitische, dem Reiche gewollte Zwecke zur Durchführung zu bringen, habe ganz besonders die Verpflichtung, bei allen ihren Einrichtungen, bei allen ihren Unternehmungen, bei jeder von ihr zu treffenden Maßnahme den sozialpolitischen Gedanken zur Geltung zu bringen. Die Versicherungsanstalt wolle daher die Wohlfahrt der unter ihren Augen beschäftigten Arbeiter — die ja selbst durch ihre Beiträge zum größten Teil die Mittel aufgebracht hätten, mit denen der Bau bestritten wird — soweit es die Verhältnisse irgend zuließen, bedacht sein. Das wäre die erste Erwägung gewesen. Sodann aber hätte die Landes-Versicherungsanstalt das größte Interesse an der möglichst schleunigen und ungehinderten Fertigstellung des Baues. Bei der gegenwärtigen starken Lohnbewegung und den dadurch hervorgerufenen zahlreichen Schwierigkeiten in den verschiedensten Gewerben hätte die Versicherungsanstalt dieses Interesse dadurch am besten wahrzunehmen geglaubt, daß sie bei Auswahl ihrer Unternehmer die bei diesen bestehenden Arbeitsverhältnisse in Rücksicht zog. Dazu komme die isolierte Lage der Baustelle, zu der ein großer Teil der Arbeiter nur die Verbindung mit der Eisenbahn hat. Diese isolierte Lage war es auch ganz besonders gewesen, welche die Versicherungsanstalt dazu veranlaßte, den Unternehmern gegenüber den Wunsch auszusprechen, daß die neu zu schaffende Arbeitszeit nicht in Betracht kommen werde. Dieser Satz in den Submissionsbedingungen hätte sich natürlich nur bezogen und konnte sich nach Lage der Sache nur beziehen auf diejenigen Arbeiten, die auf der Baustelle selbst zur Ausführung gelangen. Wie begründet alle diese Erwägungen waren, habe die Erfahrung in der bisherigen ein und einhalbjährigen Bauzeit gezeigt; nach der selbst von den Unternehmern geäußerten Ansicht wäre ohne die Rücksichtnahme der Versicherungsanstalt auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der rasche Fortgang der Arbeiten gefährdet gewesen.

Mit diesen in ihre Höflichkeit fast als eine Entschuldigung hingenden Darlegungen wird Herr Dr. Freund beim Scharmachertum nicht viel verlangen. Diesem ist die Thatsache an sich, daß sich dritte, sei es auch mit noch soviel moralischem Recht in die vom Unternehmertum diktierten Arbeitsbedingungen hineinmischen, ein Grauel, das mit keinerlei Gründen zu rechtfertigen ist. Das von ihm selbst vielleicht noch gar nicht begriffene Majestätsverbrechen des Herrn Dr. Freund ist ja eben, daß er die Arbeiter als Menschen betrachtet wissen will, während sie für den Unternehmer noch unter dem Tier stehen und nur als Sache, als Kalkulationsobjekte in Betracht kommen. Der Vorsitzende der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Berlin bleibt in den Augen der Arbeitermänner so lange ein mit den Sozialdemokraten gleich zu bewertender Empörer gegen die göttliche Weltordnung, bis er bedingungslos vor ihnen zu Knechte tritt.

Aus den Kreisen der Konfektionshändler kommt eine Beschwerde, deren Abstellung der Anregung wert ist. Die Schneider, die für hiesige Konfektionsgeschäfte arbeiten, haben mit großen Unannehmlichkeiten dadurch zu kämpfen, daß es ihnen so außerordentlich schwierig ist, eine billige Fahrgelegenheit, sei es Straßenbahn, sei es Omnibus, zu benutzen, wenn sie die zur Ablieferung bestimmten Arbeiten an Ort und Stelle befördern wollen. Den Straßenbahn-Schaffnern ist verboten, Personen, welche größere Pakete bei sich haben, das Mitfahren zu gestatten, die Omnibuswagen sind seit Einführung der 5 Pf.-Zeiltsreden derart besetzt, daß ein Mitkommen unmöglich ist, eine teure Droschke können aber die Leute nicht benutzen. Es dürften demnach Vorschläge in Erwägung zu ziehen sein: Die Straßenbahn möge sich von dem Jahrgang, der Pakete mit sich führt, noch einen Platz bezahlen lassen, auf welchen solche gelegt werden können, oder aber für das Publikum mit Paketen besondere Wagen einlegen. Dagegen sollte die Omnibus-Gesellschaft außer den 5 Pf.-Zeiltsreden Wagen zum Fahrpreis von 10 Pf. einstellen, welche dieselbe Strecke befahren und eventuell ebenfalls eine Preiserhöhung oder Bezahlung eines zweiten Platzes für Pakete verlangen.

Daran, daß es von Rechts wegen Pflicht der Konfektionsfirmen wäre, den Transport der Arbeiten zu besorgen, scheinen die Schneider in ihrer gedrückten Lage kaum zu denken.

Der deutsche Tierkennverein hielt am Dienstag unter Vorsitz des Generals Rorig im Bürgeraal des Rathauses seine Generalversammlung ab. Die Tätigkeit des Vereins im vorigen Jahre hat folgende Ergebnisse gehabt: Die Vereinigung der märkischen Tierkennvereine zu einem Provinzialverband, die Aufhebung der Polizeibestimmung, daß alle gefangenen und nicht eingelösten Hunde getötet werden müssen, der erfolgreiche Versuch, die gelagerten Hühner durch Geld zu ersetzen, von denen seit April v. J. in 15 Transporten 401 eingeführt worden sind, die Vorbereitung zur Errichtung einer Fahrschule und die Erhöhung des Stadtschulusses von 3000 auf 5000 M. Straf-

anzeigen wegen Tierquälerei gingen 1308 ein, davon wurden 653 an die Polizei bezw. die Gerichte weiter gegeben und 215 durch Verwarnung erledigt, 590 erwiesen sich als unbegründet. Von den 12 Fangbeamten des Vereins wurden im letzten Jahre 10 287 Hunde eingefangen. 3340 Tiere wurden dem Depot als Findlinge überwiesen, 1134 zur Verfügung gestellt und 598 in Pension gegeben. 415 der eingefangenen Hunde sind ausgelöst worden, 5180 Tiere verendet oder wurden getötet, darunter 2374 auf Wunsch ihrer Besitzer. Aus dem Hundeverkauf wurden 4539 M. gelöst. Dem Arzt des Vereins wurden in der Sprechstunde 5000 Tiere vorgeführt. Verpflegt wurden in den beiden Anstalten des Vereins, im Depot und im Asyl 2085 Tiere. Die Hauptkasse schloß im Einnahme und Ausgabe mit 68 182 M. Das neue Asyl in Lichterfelde-Lautwitz hofft man im September beziehen zu können.

Petition am 9. Uhr-Schluss der Apotheken. Von dem geschiedenen 9 Uhr-Schluss, dem vom 1. Oktober ab alle offenen Geschäfte unterliegen, sind die Apotheken ausgenommen. Da aber gerade die angeestellten Apotheker einen sehr verantwortungsvollen, angestrebten Dienst haben, so haben dieselben dem Reichstag eine von etwa 1100 angeestellten Apothekern und auch von Apothekenbesitzern unterzeichnete Petition gegeben, in welcher um geschiedenen 9 Uhr-Schluss der Apotheken gebeten wird.

Unter dem Berliner Pferdebestande herrscht zur Zeit die Influenza und Mauls in großem Umfange. Am empfindlichsten wird hiervon die Postbehörde betroffen, die allein über 400 extraakte Pferde aufweist und deshalb zu Mietspferden ihre Zuflucht nehmen muß. Aber auch die privaten Pferdebesitzer, namentlich die Droschkenfuhrhalter, klagen vielfach über Erkrankung ihrer Zugtiere.

Auf einer Apfelsinenschale ausgeglitten und schwer zu Schaden gekommen ist gestern nachmittag der 60 Jahre alte Kohlenträger Hofe aus der Schönhofstraße 17. Der Mann stürzte mit seiner Last auf dem Bürgersteig hin, zog sich einen doppelten Knöchelbruch am rechten Knie zu und mußte mit einem Leinwand Rettungswagen nach dem Moabitler Krankenhaus gebracht werden. Die Luftst. derartige Fruchtreste achtlos wegzwerfen, scheint manerottbar zu sein.

Schuld und Sühne. Der 56 Jahre alte aus Tömminglehmen gebürtige Arbeiter Johann Petzelschke lebte mit seiner Frau 24 Jahre lang in glücklicher Ehe, aus der zwei Kinder hervorgingen, bis er sich vor drei Jahren gegen ein elfjähriges Mädchen schwer verging. Er lächelte das Verbrechen mit zwei Jahren Zuchthaus, und seine Frau ließ sich von ihm scheiden. Aus der Anstalt zu Brandenburg entlassen, fand er Arbeit auf einem Getreidefeld. Hier vermalte er und bezog seitdem eine Unfallrente von monatlich 28 Mark. Durch die Hohnscheltung auf dem Grundstück Weidenweg 73 verdiente er sich noch etwas dazu. Nun kam aber seine geistliche Frau, die sich durch Mährarbeiten ernährt, und verlangte eine Unterstützung, da er für den allein schuldigen Teil erklärt worden war. Da P. sich weigerte, zu zahlen, so kam es zur Klage. Am Montag sollte vor Gericht verhandelt werden. P. ging morgens von Hause weg und kam nicht wieder. Gestern fand man ihn bei Ploegensee als Leiche im Spandauer Schiffahrtskanal.

Durch einen Schuß in die Brust verunglückte gestern, Mittwochvormittag um 11 Uhr der 39 Jahre alte Gerichtsassistent Fritz Lechner aus der Stephanstraße 30 sich zu töten. Lechner ist am Landgericht II beauftragt, verheiratet und Vater von vier Kindern im Alter von 1—12 Jahren. Als gestern vormittag die drei älteren Kinder außer dem Hause waren und die Frau sich mit dem jüngsten in einem Nebenzimmer befand, jagte er sich im Wohnzimmer aus einem Revolver eine Kugel in die Brust. Der Schuß traf die Lunge und verletzte sie schwer. Ein Arzt aus der Radbarstraße legte dem Verwundeten einen Notverband an und ließ ihn mit einem koppeligen Rettungswagen nach dem Moabitler Krankenhaus bringen. Die Veranlassung zu dem Selbstmordversuche soll Verdruß über eine unzulässige ehrenrührende Beschuldigung im Dienste sein.

Von seinem eignen Pferde geschlagen und schwer verletzt wurde gestern, Mittwochmorgen, der 28 Jahre alte Fischer Richard Viefow aus der Alexanderstraße 61, der in der Wild- und Geflügelzucht von Norre in der Alten Schützenstraße 11 beschäftigt ist. Beim Abföhren schlug ihn das Pferd vor die Brust und den Kopf und verletzte ihn schwer. Der Verunglückte wurde bewußtlos mit einem koppeligen Rettungswagen in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

Vor den Augen ihres Geliebten Gift genommen hat gestern, Mittwochmorgen, in der vierten Stumbe die 20 Jahre alte Marya Sz. auf dem Grundstück Javalbenstraße 156. Sie beendete hier, wie es öfter geschah, den Verbrauch eines Cigarrengeschäfts, ihren Geliebten, in seinem Laden, geriet mit ihm in Streit und trank vor seinen Augen eine giftige Flüssigkeit, unheimlich Olean. Ein Zahnmann brachte sie mit einem koppeligen Rettungswagen nach der Charité, wo sie schwer darniederliegt. Der Vorfall erregte einen großen Straßenaufbruch.

Am heutigen Vortragabend des Vereins Berliner Presse im Architektensaal wird Herr Walther Rathenow aus seinen Schriften: „Gottlieb“ und „Eigene und Fremde“ und Herr Max von Oppenheim Dichtungen Ludwig Jacobowskis vortragen. Billets sind außer an der Abendkasse in den Buchhandlungen von Amelang, Potsdamerstr. 126; Vogeler, Friedrichstr. 16; Spreyer u. Peters, Unter den Linden 43, und Trautwein, Leipzigerstr. 8, zu haben.

Theater. Im Schiller-Theater ist morgen die erste Aufführung der Novität „Archibald“, Schauspiel in 4 Akten von Hans v. Wangel und Rudolph Kuntel, in folgender Besetzung der Hauptrollen: Archibald von Koberbach: Konstantin Nölde, Komische Antoinette: Marianne Wolf, Graf André: Georg Falsch, de Kowarsche: Leopold Thurner, Clarisse de Kowarsche: Grete Meyer, Kleber: Walter Holln, Barter Brandt: Max Patzsch, Claude: Ernst Bach, Gemacht: Ferdinand Gregori, Amelie: Elise Seitz, Antonius Wäckerle: Reinhold Köppln, Babette: Agnes Werner, Feldwebel Krause: Alfred Schmalzer.

Feuerbericht. Wenig Alarmierungen sind aus den beiden letzten Tagen zu verzeichnen. Dienstag früh brannte Weidenweg 62 die Klosettkanalisation. In der Nacht zum Mittwoch hatte Kottbusstraße 59 der Fuhboden und die Balkenlage Feuer gefangen, wobei eine starke Verqualmung des bezüglichen Zimmers herbeigeführt wurde, so daß die Wohnungsinhaber gefährdet waren. Die Feuerwehre löschte den Brand in kurzer Zeit. Gegen Morgen wurden Fuhbodenbrände von Fürstenerstr. 1 und Köllnischestr. 18 gemeldet, die aber unbefriedet waren. Ein brennender Schornstein verursachte ein Knirschen nach Hagelsbergerstr. 39. Durch Unachtsamkeit von Fett entstand Mariannenstr. 4 ein belangloser Küchenbrand.

Aus den Nachbarorten. Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung beschäftigte sich am Mittwoch mit dem Antrag Kaufmann und Genossen, den Magistrat zu ersuchen, mit ihr in gemischter Deputation über eine Revision der Löhne der im städtischen Dienst beschäftigten Lohnarbeiter zu beraten. Vor Beginn der Verhandlung erklärte Oberbürgermeister Schustehrus, daß der Magistrat bereits einen Ausschuß zur Revision der Löhne eingesetzt habe. Derselbe habe seine Arbeiten beendet, so daß der Magistrat die Vorschläge bereits morgen prüfen werde. Das Resultat werde alsdann dem Staatsauschuss zugehen. Unter diesen Umständen stelle er anheim, ob es sich empfehle, in die Beratung des Antrags zu treten. Infolge dieser Erklärung zog Stadt. Kaufmann seinen Antrag zurück. Stadt. Waale (Soz.) nimmt ihn wieder auf und erweitert ihn zugleich dahin, daß die gemischte Deputation auch die Arbeitsbedingungen revidieren solle. Redner führte zur Begründung

des Antrags aus, es erscheine ihm angemessen, bei dieser Gelegenheit den Kreis der sozialpolitischen Aufgaben, die die Stadt zu lösen habe, etwas weiter zu ziehen. Daß eine Erhöhung der Löhne notwendig sei, darüber scheine eine erstrenliche Uebereinstimmung zu herrschen. Aber das von verschiedenen städtischen Arbeitern den sozialdemokratischen Stadtverordneten zugegangene Material beweise die Notwendigkeit, die Arbeitsbedingungen zu revidieren. So sei die Arbeitszeit vielfach zu hoch bemessen, z. B. bei den Gasarbeitern der Gasanstalt. Diese Arbeiter hätten wohl im Interesse ihrer Gesundheit ein Anrecht auf den jährlichen Maximalarbeitsstag.

Auch die Arbeitsordnungen, die Sonntagsruhe und dergleichen mehr müßten neu geregelt werden. Sei etwa ein Sommerurlaub von acht Tagen für städtische Arbeiter unter voller Auszahlung des Lohnes so etwas verwegenes? Den Arbeitern müßte allmählich den Charakter städtischer Beamten verliehen werden. Er bitte deshalb, die Einsetzung einer gemischten Deputation zu beschließen, die sich allmählich zu einem ständigen sozialpolitischen Ausschuss erweitern könne.

Stadt. Rosk. beantragt, mit Rücksicht darauf, daß der Magistrat bereits eine Revision der Löhne verprochen hat und mit Rücksicht darauf, daß im Etat für 1900 eine neue Festsetzung der Löhne stattfindet, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Stadt. Wulz wendet sich gegen das von Waale entworfene Programm. Oberbürgermeister Schustehrus und Bürgermeister Matting erklären sich gegen den Antrag; die Einsetzung einer gemischten Deputation sei überflüssig.

Stadt. Hirsch (Soz.) erwidert dem Oberbürgermeister, daß namentlich die Gasarbeiter über eine ganze Reihe von Uebelständen klagen, auf die er bei der Stadtberatung näher eingehen werde. Dem Stadt. Rosk. gegenüber bemerke er, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit, die eine Verminderung des Einkommens zur Folge habe, naturgemäß von den Arbeitern nicht gewünscht werde; wohl aber sei es möglich, die Arbeitszeit ohne gleichzeitige Lohnreduktion zu verkürzen. Im Gegensatz zu Herrn Wulz halte er es für eine Pflicht der Stadtverordneten, nicht zu warten, bis der Magistrat die Initiative ergreift, sondern auf den Magistrat eine treibende Kraft auszuüben. Stadt. Ströbler meint, daß durch derartige Anträge nur Unzufriedenheit erzeugt werde. Stadt. Kaufmann verweist sich gegen den Vorwurf, der Antrag sei eingebracht, um Unzufriedenheit zu erzeugen. Oberbürgermeister Schustehrus meint, die Arbeit sei nicht aus der Welt zu schaffen, der Lohn müsse der Arbeit entsprechen. Die sozialdemokratischen Forderungen seien zu weitgehend.

In seinem Schlusswort spricht Stadt. Waale seine Verwunderung über die Erregung aus, die der Antrag hervorgerufen habe. Die Ansicht, künstliche Unzufriedenheit zu erzeugen, liege ihm fern; es seien aber Klagen an die sozialdemokratischen Stadtverordneten herangekommen, und diese hätten es für ihre Pflicht, die Klagen hier zur Sprache zu bringen. Inwiefern der Antrag darauf hinausgehen könnte, die Arbeit aus der Welt zu schaffen, begreife er nicht. Diese ewigen Wahrheiten brauche der Oberbürgermeister nicht erst zu verkünden.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen ging die Versammlung über den Antrag zur Tagesordnung über. Die Abstimmung darüber war eine namentliche, es stimmten 45 Mitglieder für und 10 gegen Uebergang zur Tagesordnung.

Darauf brachte Bürgermeister Matting den Etat ein. In den Staatsauschuss wurde u. a. Genosse Waale gewählt.

Zur Brandstiftungs-Affaire in der Haushaltungsschule zu Groß-Lichterfelde. Wie wir berichtet haben, war in der Nacht zum Dienstag, den 30. Januar d. J., in der Haushaltungsschule zu Groß-Lichterfelde, Albrechtstr. 14, Feuer ausgebrochen. Von verdrähter Hand war ein Bett in Flammen gesetzt, sowie durch das Ausbrechen der sämtlichen Gasohle der Versuch unternommen worden, für die zahlreichen Insassen der Haushaltungsschule eine äußerst kritische Situation zu schaffen. Günstlich der Person des Brandstifters, von dem bekanntlich mehrere Drohbriefe eingetroffen waren, und seiner Motive stand man wie vor einem Rätsel. Jetzt ist es, wie der „Local-Anzeiger“ von Groß-Lichterfelde meldet, der Polizei gelungen, soviel Belastungsmaterial zusammenzubringen, daß die Hauptschuldige hat verhaftet werden können. Es handelt sich um die Haushaltungsschule in der Nähe der Charité, welche angegeben hatte, in der Brandnacht infolge Unwohlseins erkrankt zu sein und die den Feueralarm dann selbst veranlaßt. Am Montag, den 5. Februar, ist die 31 jährige Lehrerin in das Amtsgefängnis zu Groß-Lichterfelde und tags darauf in das Moabitler Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Es wird sich auch hier wohl um einen jener Fälle krankhafter Veranlagung handeln, die die ärztliche Wissenschaft schon häufig beschäftigt haben.

Friedenan. In die am 1. Mai an der Gemeindefschule ins Leben getretene Schulparlase haben etwa 600 Kinder Einzahlung gemacht. Die eingehaltene Summe betrug Ende Januar 1884,30 M. also durchschnittlich 2,30 M. für jedes Kind. — Einen eigentümlichen Entschluß hat der Kreisauschuss gefaßt. Nach demselben ist der Besitzer eines unbauten Grundstückes nicht verpflichtet, die Säuberung der Bürgersteige von Schnee und Eis vorzunehmen. Wir halten eine derartige Auffassung für rechtlich unzulässig, da bei etwaigen daraus entstehenden Unglücksfällen der Besitzer doch haftbar wäre.

Gerichts-Beilage.

Schulstreich eines „Gebildeten“. Ein Seitenstück zum Fall Köppen, nur mit dem Unterschiede, daß diesmal der verächtliche Vorfall den gebildeten Ständen angehört, gelangte gestern vor den achten Straßengericht I zur Erörterung. Der Kaufmann Franz Siedow aus Charlottenburg war der thätlichen Beleidigung, der wissenschaftlichen Anschuldigung und der Freiheitsberaubung beschuldigt. Durch die Beweisnahme wurde folgender Thatbestand festgestellt: Am Abende des 2. November vorigen Jahres war die Buchhalterin J., eine junge Dame von auffallend großer Figur, auf dem Heimwege begriffen. Es war gegen 9 Uhr, als sie über die Weidenburger Brücke ging. Hier wurde sie von dem Angeklagten eingeholt. Er hielt sich dicht an ihrer Seite und blidte ihr ins Gesicht. Fräulein J. übertrat den Straßendam, in der Hoffnung, daß der Angeklagte sie dann in Ruhe lassen würde. Sie hatte sich geirrt, der Zubringliche folgte ihr auf Schritt und Tritt und belästigte sie, trotz ihres wiederholten Hinweises, daß sie ein anständiges Mädchen sei, mit unflüchtigen Äußerungen. Der Gymnasiallehrer Ganzow, welcher im Vorbeigehen einige Worte aus dem Zweige sprach, aus dem daraus der Schluß zog, daß die junge Dame sich in Gefahr befinde, folgte dem Paare, um der Bedrängten im Notfall beizustehen. An der Überbrücke bemerkte er, daß der Angeklagte sich an den dort auf Posten stehenden Schutzmann wendete und von diesem verlangte, daß er die Persönlichkeit seiner Begleiterin feststelle. Sie habe ihn angesprochen. Der Schutzmann machte den Angeklagten darauf aufmerksam, daß er sich der Freiheitsberaubung schuldig machen könne, wenn er auf seinem Verlangen bestände. Der Angeklagte ließ sich nicht warnen; Fräulein J. wurde der Woche gebracht und mußte hier eine halbe Stunde warten, bis ihre Persönlichkeit festgestellt war. Im Verhandlungstermine entzündigte der Angeklagte sein, wie er zugebe, empörendes Benehmen mit Ungetrübtheit. Er habe des Tags über mit einem Freunde eine Wette gemacht und außer einer ganzen Anzahl Schlägen gegen 30 Glas Bier getrunken. Die Jungin J. habe ihm „Freiheit“

